Nr. 171 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 87

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20.— M. für das übrige Ausland 27.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kolonelzeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 90 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Mittwoch, den 13. April 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Hardings Botschaft.

Washington, 12. April. (Reuter.) Präsident Harding billigte in seiner Botschaft an den Kongreß die Beendigung des technischen Kriegszustandes mit den Zentralmächten Europas durch eine ausdrückliche Resolution des Kongresses mit der Maßgabe, daß alle Rechte der Vereinigten Staaten durchaus gewahrt würden. Der Präsident erklärte mit Bestimmtheit, daß die Vereinigten Staaten sich dem bestehenden Völkerbund nicht anschließen würden, fügte aber hinzu: Wir geben, indem wir der Welt diese Mitteilung machen, in keiner Weise unser Ziel preis, eine Vereinigung (Association) zu schaffen zur Förderung des Friedens, an der wir von ganzem Herzen teilnehmen würden. Wir erwägen diese Angelegenheit und hoffen, einen Plan einer solchen Vereinigung ausarbeiten zu können.

Amerika und Japan.

Washington, 12. April. (Reuter.) Der Kaiser von Japan hat in einem Schreiben sein großes Bedauern darüber ausgedrückt, daß unvermeidliche Umstände ihn für den Augenblick daran hindern, im Namen seines Sohnes die Einladung des Präsidenten zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten nach der Beendigung der Mission des Kronprinzen in Europa anzunehmen.

Der wahre Hinderungsgrund dürfte wohl sein, daß Nordamerika so scharf gegen die Erteilung des Völkerbundmandats über Yap an Japan und die Art seiner Ausübung protestiert hat.

England und Frankreich haben diesen amerikanischen Protest beantwortet, aber ihre Antwort liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

Stegerwalds Kabinett.

Wie die PPN. hören, sind die Verhandlungen über die Bildung des Kabinetts Stegerwald ziemlich weit fortgeschritten. Stegerwald gibt sich die größte Mühe, die Kabinettsbildung spätestens im Laufe des morgigen Vormittag zu beenden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Sozialdemokratie im Kabinett durch Braun, Severing und Haenisch vertreten sein, von denen der erstere allerdings ein anderes Ressort übernehmen dürfte. Im übrigen werden die bisherigen Minister Stegerwald (Wohlfahrtsministerium), Am Zehnhoff (Justizministerium) und Fischbeck (Handelsministerium) wohl ihre Aemter behalten. Die freiwerdenden Ressorts, also vielleicht das Landwirtschafts- und das Finanzministerium, dürften mit neutralen Beamten besetzt werden, an deren republikanischer Treue kein Zweifel ist.

Wie wir dazu weiter hören, soll Braun mit der Vertretung der preußischen Regierung im Reichsrat betraut werden, mit der vielleicht auch die Vizepräsidentschaft im Staatsministerium verbunden werden wird. Ein anderer Plan, der uns den Vorzug zu verdienen scheint, geht dahin, Braun das Finanzministerium zu übertragen.

Das Kabinett würde sich etwa folgendermaßen zusammensetzen: Präsidium und Volkswohlfahrt: Stegerwald (Ztr.), Vizepräsidium und Vertretung im Reichsrat: Braun (Soz.), Inneres: Severing (Soz.), Unterricht: Haenisch (Soz.), Justiz: Am Zehnhoff (Ztr.), Handel: Fischbeck (Dem.), Finanzen: ein Beamter, Landwirtschaft: ein Beamter.

Als fertig und endgültig darf man diese Kombination aber keineswegs betrachten. Die entscheidende Frage wird jetzt sein, ob es gelingt, für das Finanzministerium und das Landwirtschaftsministerium Beamte zu finden, die bereit und imstande sind, die dort von Lüdemann und Braun begonnene Arbeit fortzusetzen. Es ist natürlich nicht denkbar, daß diese Ministerien nun nach der entgegengesetzten Richtung geleitet werden, das würde sofort zu den stärksten Mißhelligkeiten in der neuen Regierung führen müssen.

Die Frage, in welchem Geiste das Finanzministerium und das Landwirtschaftsministerium künftig geleitet werden sollen, ist für unsere Beurteilung des Gesamtplanes — und wahrscheinlich auch für sein Gelingen — entscheidend.

Bindung oder freie Hand?

Ueber die Verhandlungen, die der Wahl Stegerwalds zum Ministerpräsidenten vorausgingen, gibt die „Soz. Korr." eine Darstellung, die den Gang der Ereignisse ebenso schildert, wie er uns bekannt geworden ist. Wir geben diese Darstellung wieder, damit sich jeder überzeugen kann, ob der uns von der Rechtspresse gemachte Vorwurf der „Irreführung" zutrifft oder ob die Irreführung nicht vielmehr auf der Gegenseite zu suchen ist.

Nachdem die Deutsche Volkspartei die vier Bedingungen der Sozialdemokratie nicht nur abgelehnt, sondern unter Bruch der ausdrücklich vereinbarten Vertraulichkeit mit hämischen Glossen veröffentlicht hatte, erklärten die Sozialdemokraten, daß die Angelegenheit nunmehr für sie erledigt wäre. Sie wollten auch nur einem Ministerpräsidenten ihre Stimme geben, der sich binde, nicht erst mit der Deutschen Volkspartei zu verhandeln. Diese Bindung lehnten Zentrum und Demokraten ab, und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Am Freitag abend erschienen zur interfraktionellen Besprechung nur noch Sozialdemokraten und Demokraten, die Zentrumsvertreter aber nicht; sie schickten den Abgeordneten Gronowski und ließen sagen, daß sie die Verhandlungen als beendet ansähen und es nun darauf ankommen lassen wollten, wem der Zufall am nächsten Tage bei der Wahl des Ministerpräsidenten die Mehrheit verschaffe. Die Aussicht auf eine solche Zufallswahl war sehr unerfreulich, denn sie mußte die Republik und das parlamentarische System in der öffentlichen Meinung herabsetzen. Deshalb griff die Sozialdemokratie auf einen Vorschlag zurück, den ursprünglich der Demokrat Dr. Preuß gemacht hatte: man wolle einen Ministerpräsidenten ohne alle Bindungen wählen, nur müsse er sich verpflichten, die Wahl abzulehnen oder seinen Auftrag zurückzugeben, wenn am Schlusse seiner Bemühungen eine der drei Koalitionsparteien endgültig die Unterstützung seines Kabinetts ablehnte. Die anwesenden Demokraten Dominicus, Preuß und Schreiber-Halle bekannten sich gern zu diesem ursprünglich demokratischen Vorschlag, und auch der Abgeordnete Gronowski erklärte ihn namens des Zentrums für eine geeignete Grundlage. Die Sozialdemokraten baten darauf, daß auch die beiden anderen Fraktionsvertreter des Zentrums Dr. Porsch und Herold herbeigerufen und um ihre Meinung befragt würden. Der letztere war bereits fortgegangen, aber Porsch erschien, wurde über den neuen Vorschlag durch den Abgeordneten Siering in Gegenwart von Limbertz, Heilmann, Dominicus, Preuß, Schreiber und Gronowski genau unterrichtet und gab ebenfalls seine Zustimmung. Der neue Ministerpräsident solle von jeder Bindung frei sein, aber er sei verpflichtet, sein Amt zurückzugeben, wenn letzten Endes die Sozialdemokratie sein Kabinett als unannehmbar ablehne. Unter dieser Bedingung erklärte sich Dr. Porsch bereit, beim Zentrum dafür einzutreten, daß es seinerseits den Kandidaten für die Ministerpräsidentschaft stelle.

Dies geschah und das Zentrum schlug am nächsten Morgen Herrn Stegerwald vor. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, ihn zu wählen, aber sich vorher noch einmal zu vergewissern, daß er auch zurücktröte, wenn er zu einer Kabinettsbildung in Uebereinstimmung mit ihr nicht gelangt. Es begaben sich daher die drei sozialdemokratischen Unterhändler zum Zentrum, dessen Fraktionssitzung bereits geschlossen war. Nur Gronowski war noch anwesend. Abgeordneter Siering erklärte ihm in Gegenwart des demokratischen Abgeordneten Janssen und seiner beiden sozialdemokratischen Kollegen, daß die sozialdemokratische Fraktion für Stegerwald stimme unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er zurücktrete, wenn er sich mit ihr über die Kabinetsbildung nicht verständigen könne. Gronowski bestätigte erneut diese Abmachung. Auf die Bemerkung des Abgeordneten Siering, die Sozialdemokratie verlasse sich darauf, daß diese Bedingung nicht etwa später abgeleugnet oder gebrochen werde, erwiderte der bevollmächtigte Zentrumsunterhändler: „Stegerwald ist ein charaktervoller Mann; darüber bedarf es keines weiteren Wortes." Abgeordneter Siering schloß die Unterredung mit der Erklärung: „Wenn wir Herrn Stegerwald nicht für charaktervoll hielten, könnten wir ihm ja sowieso nicht unsere Stimmen geben." Unmittelbar nach der Wahl Stegerwalds ließ sich Siering vom Abgeordneten Gronowski noch einmal bestätigen, daß diese Bedingung anerkannt sei; bei diesem letzten Gespräch war neben anderen Abgeordneten der Zentrumsführer Herold zugegen.

Es mag nun gern sein, daß Herr Stegerwald von all dem nichts wußte. Gehört er doch der Zentrumsfraktion des Landtages nicht an. Aber das Zentrum ist gegenüber der Sozialdemokratie gebunden.

Aus dieser Darstellung ergibt sich die wichtige Tatsache, daß die Zentrumsfraktion sich durch die Gesamtheit ihrer Unterhändler, nicht nur durch Herrn Gronowski, gebunden hat. Wenn der deutschnationale „Lok.-Anz." am Dienstag nachmittag behauptet, daß Gronowski „aus der Reihe getanzt" sei, so ist das nur eine erneute Verdrehung des Tatbestandes. Gronowski hat in voller Uebereinstimmung mit den beiden anderen Unterhändlern des Zentrums, insbesondere mit dem Abgeordneten Dr. Porsch gehandelt, der in Gegenwart von nicht weniger als sieben Zeugen die mit Herrn Gronowski getroffene Abrede ausdrücklich bekräftigt hat. Der Zentrumsabgeordnete Herold ist seinerzeit dabei gewesen, als Gronowski nochmals die Abrede bestätigte. Er hat in keiner Weise widersprochen, wie doch das seine selbstverständliche Pflicht gewesen wäre, wenn er eine andere Auffassung der Sache gehabt hätte.

Die Tatsachen sind völlig klar, und es bleibt nur die charakteristische Feststellung, daß gerade jene rechtsstehenden Kreise den Sachverhalt in der spitzfindigsten Weise zu verdrehen suchen, die sonst dröhnend vom „unantastbaren deutschen Manneswort" bramarbasieren.

Oberschlesien und Deutschland.

Von Mario Chiaraviglio,
früheren Abgeordneten der italienischen Kammer.

Wir freuen uns, die Darlegungen eines angesehenen italienischen Politikers wiedergeben zu können, der die früheren und jetzigen Verhältnisse Deutschlands genau kennt, und dessen Urteil darum die Beachtung der ganzen Welt verdient.
Red. d. „Vorwärts".

Die Note der deutschen Regierung vom 7. April über die Volksabstimmung in Oberschlesien faßt ihre Ergebnisse zusammen und begründet die Tatsachen, die ohne weiteres die Zuteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich als eines organischen unteilbaren Ganzen als notwendig erkennen lassen, von dem man kein Glied trennen kann, ohne die anderen zu schädigen und die abgetrennten Glieder selbst nutzlos zu machen.

Die Entscheidung der alliierten und assoziierten Mächte müßte demnach ohne weiteres Lüftein über die Einzelergebnisse der Abstimmung in jeder der Gemeinden, die abgestimmt haben, erfolgen. Eine rasche Entscheidung ist nötig, die Deutschland gestatten würde, aus dem Zustand der Ungewißheit endlich herauszukommen, zu dem es die unendliche Langsamkeit der Erörterungen, der Aufschub jeder Entscheidung verurteilt, der jedesmal eintritt, um wenigstens formelle Uebereinstimmung unter den Mächten der Entente zu erreichen und ihr gemeinsames Interesse herauszufinden.

Wenn man nämlich vorausgesehen hätte, daß Oberschlesien in Zonen eingeteilt werden könnte, die Deutschland und Polen zuerteilt werden würden, so würde von vornherein das Plebiszit nach Zonen vorgenommen worden sein, wie man das in anderen Gegenden gemacht hat, deren Zuteilung dem Ergebnis einer Abstimmung unterworfen wurde.

Der Paragraph 5 des Anhangs zu Artikel 88 des Friedensvertrages, der auf die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften hinweist, bestätigt meiner Meinung nach die Ansicht derer, die den Friedensvertrag abgefaßt haben, d. h., daß einem der beiden Grenzstaaten auch Gebiete zugeteilt werden können, deren Nationalität nicht vollkommen entschiedenen Charakter zeigt, die aber durch Tradition, durch wirtschaftliche Beziehungen, durch Verbindungs- und Handelswege dem übrigen Lande untrennbar verbunden sind. Und das ist der Fall bei den Gebieten, die eine Mehrheit, noch dazu keine sehr große, des polnischen Elementes ergeben haben. Seit etwa 700 Jahren sind diese Gebiete mit Deutschland verbunden, politische, wirtschaftliche und Interessengemeinschaft besteht ausschließlich mit Deutschland; Eisenbahnen verbinden sie mit dem deutschen Gebiet, und man kann sich nicht vorstellen, wie diese Strömungen auf künstliche Weise abgeleitet werden könnten, und ob sich neue schaffen ließen mit neuen Verbindungen, die von dem übrigen Handel losgelöst wären.

Eine eingehende Prüfung der auffälligen und ungerechten Bedingungen, die die interalliierte Kommission der Abstimmung zugrunde gelegt hat, teils in offenem Widerspruch zum Wortlaut des Vertrages von Versailles, würde den Beweis erbringen, daß alles eingerichtet worden ist, um die Stellung Deutschlands bei der Belastungsprobe durch die oberschlesische Abstimmung zu schwächen. Die Kommission gestattete außerdem eine Propaganda der Einschüchterung und alle nur denkbaren Versuche zur Vergewaltigung, wofür eine Anlage der oben erwähnten deutschen Note vom 7. April das Material beibringt. Trotzdem zeigt eine erhebliche Stimmenmehrheit den Mächten der Entente den festen Willen der Bevölkerung, bei Deutschland zu bleiben. Warum zögert man also noch, die Grenzlinien zwischen den beiden Staaten festzustellen, und versucht, die Ergebnisse eines deutlichen Plebiszits zu bekritteln, das noch klarer geworden wäre, wenn die Freiheit der Stimmenabgabe tatsächlich gewährleistet und nicht fast ausschließlich den Franzosen übertragen worden wäre, von denen Heine, der doch einer ihrer aufrichtigsten Bewunderer war, gesagt hat: „Sie lieben die Freiheit wie eine erwählte Braut und begehen für sie tausenderlei Torheiten — so weit, daß sie sie sogar verlassen."

Trotzdem Deutschland nicht mehr als irgendeine andere europäische Großmacht für den Krieg verantwortlich ist, weil ganz Europa und nicht nur Deutschland allein ihn seit mehr als 50 Jahren vorbereitet hat und den kriegerischen Geist nährte, ist das deutsche Volk doch entschlossen, die durch den Krieg zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Deutschland hat nun zu wiederholten Malen seinen guten Willen kund getan. Es hat ein großes moralisches Interesse an diesem Wiederaufbau, um möglichst schnell die Spuren zu vernichten, die die lebendige Erinnerung an eine Zeit der Zerstörung und des Schmerzes darstellen, und die immer wieder Gefühle der Rache und des Hasses erwecken; denn die große Mehrheit des deutschen Volkes denkt nicht an einen neuen Krieg, sondern wünscht eine aufrichtige Versöhnung; die Deutschen sehnen sich danach, zu arbeiten und zu produzieren im eigenen und im Interesse der ganzen Welt, in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit

den anderen Völkern, um endlich wieder an die Werke der Organisation und des Fortschrittes zu gehen, die fünf Kriegsjahre unterbrochen haben.

Wenn heute eine nationalistische Partei existiert, so ist das einzig das Verdienst der Politik der Entente. Die Entente hat mit ihren Handlungen und mit ihren ständigen Herausforderungen diese Partei geschaffen und gibt ihr immer neue Nahrung. Der Vertrag von Versailles hängt wie ein Bleigewicht an den Füßen Europas, unmöglich, sich davon zu befreien! So fühlt das deutsche Volk seinen eigenen Wert, fühlt die Ungerechtigkeit der Behandlung, die man ihm hat zuteil werden lassen, und es will sich nicht zum Sklaven hergeben und arbeiten, nur um das französische Budget im Gleichgewicht zu halten. Aber das deutsche Volk will mitarbeiten an dem Wiederaufbau der Welt, und niemand denkt daran, einen Krieg anzufangen, auch nicht für später. Gerade das ist der Grund, warum den Deutschen daran liegt, die sichtbaren Spuren des fürchterlichen Kampfes zu beseitigen.

Auch ein materielles Interesse treibt Deutschland, möglichst schnell die Nachbargebiete wieder aufzubauen, denn Deutschland braucht an seinen Grenzen eine Bevölkerung, die ihre notwendigen Lebensbedürfnisse befriedigen und behaglich leben kann, und die imstande ist, mit ihm Handel zu treiben und einen Teil der deutschen Produktion aufzunehmen. Dieser Wiederaufbau würde auch der deutschen Arbeit die Möglichkeit schaffen, einen neuen Beweis ihrer Organisations- und Arbeitskraft zu geben und eine große Zahl von Arbeitern zu beschäftigen, so daß die augenblickliche kritische Epoche der Arbeitslosigkeit überwunden werden könnte.

Das übrige Europa hat das gleiche moralische und materielle Interesse daran, die sichtbaren Spuren des Krieges zu verwischen, damit endlich einmal eine Atmosphäre des Friedens und der Arbeit herrscht, denn der Wiederaufbau ist die notwendige Voraussetzung, wenn wir neue Irrtümer, neue Zerstörungen, neue Qualen vermeiden wollen.

Wie kann Deutschland diesen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete leisten, wenn ihm die Industriegebiete genommen werden, die es jetzt noch in Oberschlesien hat? Welches Interesse kann Europa daran haben, dies arbeitsame Volk ins Elend zu stoßen und ihm seine betriebsamen Industriegebiete zu entziehen, die auf diese Weise der Produktion Europas verloren wären? — denn Polen ist wenigstens jetzt nicht imstande, sie auszubeuten. — Wie kann Deutschland wenigstens einen Teil der Kriegsschulden bezahlen, wenn es nicht zur freien Verfügung dieses Rohmaterialiengebiet bekommt, das im Augenblick Deutschlands letzter freier Besitz ist? Welche Mittel denkt die Entente anzuwenden, um Deutschland zur Zahlung wenigstens eines Teiles der ungeheuren Summen zu veranlassen, die es schuldet? Ich meine damit, daß Deutschland ohne Einschränkung, ohne Fesseln, ohne Verpflichtung der Auslieferung von Rohmaterialien und Industrieprodukten darüber verfügen kann, und ohne die Verpflichtung, besondere Exportpreise zu gewähren.

Das ist auch das Gefühl der Proletariate Europas. Eine Entscheidung der Großmächte, die die freie Ausbeutung der Industriegebiete Oberschlesiens von Deutschland nähme oder begrenzte, wäre eine Kränkung des Gefühls der Masse, ein Attentat auf das Recht der Arbeit. Bei uns in Italien würde man dies nur auffassen als eine neue Unterwerfung unter kapitalistische Interessen, die um so mehr zu fürchten sind, je weniger klar und scharf umgrenzt sie hervortreten, und es ist unser Wunsch, daß möglichst schnell, ohne weitere Verzögerung die oberschlesische Frage entschieden wird, nach Recht und Gerechtigkeit, nach der Tradition und nach dem ausdrücklichen Wunsche der Mehrheit des Volkes.

•

Warschau, 12. April. (DA.) Einem Bericht der halbamtlichen Agentur „Fast Expreß" ist zu entnehmen, daß in einer riesigen Volksversammlung in Warschau ein Ultimatum beschlossen wurde, wonach der polnische Teil Oberschlesiens bis zum 1. Mai an Polen anzuschließen ist, widrigenfalls man auf eigene Verantwortung Oberschlesien besetzen wolle.

Rom, 12. April. (Telunion.) Der polnische Botschafter übergab dem Grafen Sforza eine Note betreffs Oberschlesiens. Die Note behauptete, daß nach dem Versailler Vertrag die für Polen stimmenden Gebiete diesem zugeteilt werden müssen. Polen verlange nichts anderes als strikte Anwendung des Versailler Vertrages.

Schon beginnt natürlich in Oberschlesien die polnische Hetze gegen die Juden, von denen die Korfanty-Leute (wie unsere Deutschnationalen auch) wohl wissen, daß sie Deutschland trotz seiner Knüppel-Kunzes dem Pogromland vorgezogen haben.

Zollkontrolle und soziale Abgabe.

Am 20. April soll die neue Zollgrenze am Rhein in Kraft treten. Dadurch, daß sich die Interalliierte Kommission gleichzeitig die Zollhoheit und die Dienststellen der deutschen Ein- und Ausfuhrkontrolle aneignet, erhält sie auch die Verfügungsgewalt über die soziale Ausfuhrabgabe, die noch heute von vielen Waren erhoben wird. Nirgends ist davon die Rede, daß sie an Deutschland zurückerstattet werden soll.

Offenbar scheut die Entente also nicht davor zurück, sich auch am Arbeitergroschen zu vergreifen. Dabei hat sie freilich durch das deutsche Reichsfinanzministerium eine lebhafte Unterstützung erfahren. Bekanntlich ist die Ausfuhrabgabe auf die Waren gelegt worden, um einen Teil der Differenz zwischen Inland- und Weltmarktpreisen sozialen Zwecken zuzuführen. Anstatt dies ohne Umschweife zu tun, fühlte sich das bureaukratische Reichsfinanzministerium verpflichtet, im letzten Etat den Ertrag der Ausfuhrabgaben als „Reichseinnahmen" auszuweisen. So wurde der Anschein erweckt, als ob es sich hier um Abgaben handelte, die als fiskalische Zölle zu behandeln waren, während sie in Wirklichkeit damit gar nichts zu tun hatten. Man braucht sich nun nicht zu wundern, wenn die Entente daraus ihre Konsequenzen zieht und die soziale Abgabe als Reichsgelder behandelt.

Die deutsche Arbeiterschaft aber hat das Recht und die Pflicht, gegen diesen Eingriff in ihre sozialen Rechte auf das schärfste zu protestieren. Wenn man das ruhig hingehen läßt, wäre es schließlich nicht erstaunlich, wenn die Entente einmal auf die sozialen Unterstützungskassen, die von Behörden verwaltet werden, die Hand legen würde. Bei den sozialen Abgaben handelt es sich um Gelder, die zur Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten bestimmt waren. Sie als Bürgschaft für die Wiedergutmachung zu verwenden, ist nicht anderes als Mundraub an den Aermsten der Armen.

Erleichterungen im englischen Einfuhrzoll.

Berlin, 12. April. Aus London meldet WTB., daß das englische Handelsamt zwei Verordnungen erlassen hat, die gewisse Erleichterungen der Durchführung des Wiedergutmachungsgesetzes gewähren. Der Termin für die Einfuhr der vor dem 8. März dieses Jahres in Deutschland gekauften Waren wird bis zum 15. Mai hinausgeschoben, vorausgesetzt, daß mindestens 20 Proz. des Kaufpreises vor dem 8. März gezahlt wurden und das Eigentumsrecht an den Waren von diesem Tage auf einen nicht deutschen Staatsangehörigen übergegangen war. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß der deutsche Exporteur lediglich seine Rechnungen in dreifacher Ausfertigung einzusenden hat, für den übrigen Teil der Durchführung des Gesetzes ist nicht er, sondern der englische Importeur verantwortlich.

Deutschland zahlt.

Straßburg, 12. April. (DA.) Der französische Gesandte im Haag hat am 8. April in Rotterdam die Urkunde unterzeichnet, durch welche die deutsche Regierung das Eigentum an dem in Rotterdam befindlichen deutschen Flußschiffahrtsmaterial auf Frankreich überträgt. Damit ist Art. 357 des Friedensvertrages erfüllt.

Frankreichs Schrei nach Milliarden.

Paris, 12. April. (WTB.) Die Kammer hat heute nachmittag die Diskussion über einen Gesetzentwurf begonnen, durch den für das Jahr 1921 die Ausgaben festgestellt werden sollen, deren Rückerstattung nach dem Friedensvertrage von Versailles Deutschland zufällt. Es handelt sich hier um den Wiederaufbau und um die Zahlung von Pensionen und Zuwendungen. Der Generalberichterstatter de Lasteyrie erklärte, bis zum 1. Mai hätte Frankreich schon 23 Milliarden erhalten müssen. Deutschland habe noch wenig geliefert. Es behaupte, bis zum 1. Mai dieses Jahres die 20 Milliarden Goldmark geliefert zu haben. Es habe aber kaum ein wenig mehr als 3 Milliarden bezahlt, und die Besatzungskosten allein überstiegen diese Summe um 77 Millionen Franken. Für das allgemeine Konto der Reparationen habe Deutschland nicht 1 Centimes bezahlt. Es habe nur Material zurückerstattet. Frankreich aber habe die Rechnung Deutschlands (!), welche die ungeheure Summe von 59 Milliarden ausmache, bezahlt, um seine Verpflichtungen gegenüber den Kriegsopfern zu erfüllen. Der Berichterstatter sagte, diese Verpflichtungen könne Frankreich nicht weiter fortsetzen. Für den Wiederaufbau wären unbedingt 80 Milliarden erforderlich. Jetzt habe man 2 Jahre durch Milde etwas zu erreichen versucht. Er habe kein Zutrauen mehr zu den Worten Deutschlands. Es müsse zahlen. Für Frankreich sei das eine Frage auf Leben und Tod.

In der darauffolgenden Debatte behauptete Landry, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei unterschätzt worden. Man habe geglaubt, Deutschland habe viele Jahre nötig, um sich wieder zu erheben. Aber Deutschland prosperiere, und man sei erstaunt über den Gegensatz zwischen dem wirtschaftlichen Aufstiegsplan Deutschlands und seiner finanziellen Not. Diese Not sei eben markiert worden. Zum Beweise dessen führt Landry die Berichte der alliierten Sachverständigen von Brüssel an und erklärte, die öffentliche Meinung in Frankreich habe die energische Erklärung des Ministerpräsidenten Briand mit Befriedigung aufgenommen.

Der Abgeordnete Desjardins sagte, man sei nicht streng genug vorgegangen bei der Zurückerstattung des von Deutschland weggeführten Materials.

Rheinische Luftverbote.

Koblenz, 12. April. (WTB.) Der Interalliierten Rheinlandkommission Verordnung Nr. 79 verbietet die Ausfuhr abgerichteter Brieftauben aus dem besetzten Gebiet und ihre Einfuhr in dieses, Nr. 80 das Ueberfliegen der besetzten Gebiete mit deutschen Flugapparaten oder mit Flugzeugen, welche mit deutschen Flugzeugführern besetzt sind, die Einrichtung fester deutscher Luftverkehrsstationen in besetzten Gebieten, das Ueberfliegen der besetzten Gebiete mit Apparaten, welche nicht den Besatzungstruppen gehören.

Der russisch-türkische Friedensvertrag.

Paris, 12. April. (DA.) Die Funkstation des Eiffelturms hat einen Moskauer Funkspruch aufgefangen, der die Einzelheiten des am 16. März in Moskau unterzeichneten russisch-türkischen Friedensvertrages mitteilt. Das Uebereinkommen wird allgemein so aufgefaßt, daß die kemalistische Regierung von Angora den „Vertrag" von Sèvres nicht anerkennt. Der russisch-türkische Friedensvertrag enthält folgende Hauptpunkte: 1. Die Russen erkennen Konstantinopel als die Hauptstadt der Türkei an, und zwar ohne Rücksicht auf den zwischen dem Zaren und der Entente geschlossenen Geheimvertrag, wonach Konstantinopel Rußland zufallen sollte. 2. Russen und Türken verlangen eine internationale Konferenz, auf der alle Anliegerstaaten der Dardanellen und des Schwarzen Meeres vertreten sein sollen. Diese Konferenz habe das politische Regime des Meerengengebiets zu bestimmen. 3. Die Türken überlassen den Hafen Batum an Sowjet-Georgien, dessen „Autonomie" garantiert wird. 4. Armenien verschwindet aus der Reihe der Kaukasusstaaten und wird zwischen Georgien, Aserbeidschan und der Türkei aufgeteilt.

Es wird auch schon gemeldet, daß Armenien der Moskauer Uebermacht erliegt. Zum Teufel mit der nationalen Freiheit, wenn Moskau seine Trabanten füttern will!

Von der Wasserkante.

Aus Bremerhaven-Geestemünde wird geschrieben: Wo treten wohl die Wirkungen des Zusammenbruchs und des Versailler Friedens mit größerer Deutlichkeit in die Erscheinung als an der Wasserkante? Schweigen wir ganz vom Kriegshafen Wilhelmshaven, in dem der Sturz am furchtbarsten gewirkt hat. Aber auch in den anderen Häfen von der Ems bis zur Elbe — welch anderes Bild als vor acht Jahren! Wer damals die Häfen von Emden, Hamburg und Bremerhaven durchwanderte, von denen unsere Ueberseeschiffahrt und unser Ueberseehandel ausging, der konnte mit Stolz auf die großen, sorgfältig instand gehaltenen Fracht- und Passagierdampfer der Hansa, des Lloyd, der Hamburg-Süd, von Ricmers usw. blicken. Aber heute: Wenn jetzt im Hafen ein 4000-Tonner die deutschen Farben zeigt, so ist man schon stolz, denn was an großen Schiffen in den Häfen zu sehen ist, trägt das Stern- und Streifenbanner, den Union-Jack, spanische, japanische, brasilianische und was sonst noch für Flaggen; darunter sind Schiffe, die früher unter der Hapagflagge, dem Anker und Schlüssel des Norddeutschen Lloyd, dem Zeichen der Hamburg-Südamerika-Linie usw. fuhren. Und nicht genug mit diesem Schmerz: dort liegt ein Schiff mit der Danziger, dort mit der Memeler Flagge!

Die Häfen sind zwar bei weitem nicht voll. Es fehlen die Getreidedampfer vom Schwarzen Meer, die Reisschiffe aus Indien, die Postdampfer aus Australien. Aber für die von dem Hafenverkehr abhängige Geschäftswelt und Arbeiterschaft ist die Belebung der Häfen, wenn sie auch auf ausländische Schiffe zurückzuführen ist, eine Wohltat gegenüber der Kirchhofsruhe, die während des Krieges hier herrschte. Im übrigen ist der Zustrom der valutakräftigen, fremden Schiffsbesatzungen von manchen Schatten begleitet, denn leider gibt es in den Hafenstädten Wirte und „Frauen", denen der in Dollar oder Kronen zahlende Fremde lieber und werter ist als der Papiergeldeutsche. Was diesen Fremden hier an Achtung vor Deutschland verloren geht, ist für uns ein Schaden, den man nicht unterschätzen darf.

Der Hochstand des Guldens und des Dollars hat freilich auch gute Wirkungen; ausländische Reedereien suchen gerne deutsche Werften auf, um Reparaturen an ihren Schiffen ausführen zu lassen, und die gute Beschäftigung unserer Schiffswerften ist zum großen Teil diesem Umstande zu verdanken. Die Werften haben deshalb auch ihren Arbeiterbestand zum Teil über den des Friedens hinaus erhöhen können und würden vielleicht noch intensiver arbeiten, wenn die Lieferung der Materialien und vor allem die der Kohlen nicht oft so mangelhaft wäre. Unter dem Kohlenmangel leidet auch der Wiederaufbau unserer überseeischen Schiffahrt und ein anderes wichtiges Gewerbe der Wasserkante, unsere Hochseefischerei, die nach der Ablieferung unserer Handelsflotte eine viel größere Bedeutung für unsere Seegeltung hat als früher; ganz abgesehen von ihrer Bedeutung für die Volksernährung, die zum Beispiel Groß-Berlin vor einiger Zeit veranlaßt hat, sich an einem Hochseefischereiunternehmen zu beteiligen. Die Erwartung, daß die durch den Verlust unserer Frachtschiffe stellungslos gewordenen Seeleute in der Fischerei ihr Brot finden würden, ist freilich nicht eingetroffen; Kenner der Verhältnisse haben das vorausgesehen, denn die Fischerei erfordert besondere Fertigkeiten und Erfahrungen, die der gewöhnliche Seemann nicht besitzt. Ein trauriges Kapitel ist das der stellungslosen Seeleute! Soweit sie dem Maschinendienst angehören, ist ihnen der Weg in die Industrie nicht ganz verschlossen; Jammat findet schließlich als Arbeiter sein Brot, aber dem rein nautisch vorgebildeten Seemann der höheren Grade bieten sich wenig Stellungen, die seinen Fähigkeiten entsprechen, ja, er hat dabei noch den Wettbewerb der entlassenen Marineoffiziere auszuhalten, die bei Besetzung von Reichs- und Staatsbeamtenstellungen ihm häufig vorgezogen werden.

Die Diebstähle in den Bibliotheken. Vor einiger Zeit ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß in der Staatsbibliothek eine wertvolle Inkunabel aus dem Deckel herausgeschnitten und gestohlen worden sei. Bei dieser Gelegenheit erfährt der Zeitungsleser auch so nebenbei, daß gerade in der Staatsbibliothek ziemlich viel Bücher gestohlen werden. Leider gehen aber neben diesen sichtbaren Veruntreuungen noch andere weniger auffällige, aber trotzdem nicht weniger beklagenswerte einher. Aus vielen Büchern reißt oder schneidet nämlich der „eifrige" Besucher ganze, oft die wichtigsten Seiten aus. Das betreffende Buch ist damit für den wissenschaftlichen Gebrauch natürlich erheblich in seinem Werte gemindert.

Die meisten Bibliotheken sind staatliches, städtisches oder Vereinseigentum. Es liegt also im Interesse der Allgemeinheit, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um Diebstähle und Beschädigungen der Bücher unmöglich zu machen oder wenigstens auf ein möglichst geringes Maß einzuschränken. Man darf aber ruhig behaupten, daß es leider kein Allheilmittel dafür gibt, man muß zwar eine strenge Kontrolle ausüben und damit wenigstens den Diebstahl von ganzen Büchern einigermaßen verhindern; jedes Buch aber daraufhin durchzusehen, ob Seiten herausgerissen sind, ist bei einem etwas lebhaften Leihverkehr eine Unmöglichkeit. Ein eher zum Ziel führender Weg ist, die Benutzer der Bibliotheken zur Achtung des Volks- und Staatseigentums zu erziehen. Für jeden Universitätslehrer aber wäre es eine lohnende Aufgabe, bei jeder Gelegenheit seine Hörer in diesem Sinne zu beeinflussen. Denn man glaube durchaus nicht, daß nur die wirtschaftliche Notlage vieler Studenten an den bedauernswerten Erscheinungen schuld ist. Auch vor dem Kriege gab es „vermißte" Bücher, wurden Seiten ausgerissen.

Aber Gelegenheit macht Diebe! Man sollte daher im Rahmen des Möglichen die „Gelegenheiten" vermindern. Beim Eingang zu den Lesesälen der Staatsbibliothek z. B. muß jeder Benutzer seine Leihkarte vorzeigen, deren Nummer sorgfältig in ein Buch notiert wird. Da der Strom der Eintretenden oft sehr groß ist, kann der Beamte gar nicht die Mappen und Bücher der Herausgehenden genau prüfen. Sind die Eintragungen für statistische Zwecke bestimmt, so genügt doch ein einfacher Strich in ein Zählregister. Dann kann der Beamte sein Augenmerk mehr auf die Herausgehenden richten. Die Kontrolle, wie sie jetzt gehandhabt wird, ist nach meinen Beobachtungen vollständig ungenügend.

Schlimmer ist es noch, wenn so gut wie gar keine Kontrolle stattfindet, wie es z. B. in der Bibliothek des Seminars für orientalische Sprachen der Fall ist. Dort sind denn auch neben mancherlei Büchern kleineren Umfangs zwei, drei wertvolle Bücher größten Formats einfach verschwunden.

Einheitsstenographie in Sicht. Im Reichsministerium des Innern hatten am Sonnabend unter Leitung des Staatssekretärs Schulz Vertreter aller größeren Kurzschriftsysteme über die Schaffung einer Einheitskurzschrift beraten. Die Vorarbeiten reichen weit zurück und sind des öfteren durch längere Pausen, besonders während der Kriegszeit unterbrochen worden. Schließlich war vor mehreren Jahren ein Oberausschuß eingesetzt worden, der über die von einem 28er-Ausschuß vorgeschlagenen Entwürfe entscheiden sollte. Die Zuständigkeit dieses Oberausschusses ist aber in stenographischen Kreisen vielfach bestritten worden, weil in ihm nur die zwei größten Schulen, und auch diese nicht gleichmäßig, vertreten seien. Das Reichsministerium des Innern hat es deshalb für zweckmäßig gehalten, ohne damit den früheren Oberausschuß außer Kraft zu setzen, zunächst erst wieder eine Sitzung von Vertretern aller bekannteren Kurzschriftschulen einzuberufen, um damit noch einmal die Möglichkeit zu geben, auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung und durch gemeinsame Arbeit eine Einheitskurzschrift zu schaffen. Der Verlauf der Beratung ergab ein einmütiges Bekenntnis aller Teilnehmer zum Gedanken der Einheitskurzschrift. Da aber anderseits eine sofortige Einigung auf ein bestehendes System für unmöglich erklärt wurde, einigte man sich dahin, einen aus je einem Vertreter der 11 größeren Kurzschriftschulen zusammenzusetzenden engeren Fachausschuß mit der Aufgabe zu betrauen, die sachlichen Voraussetzungen und Grundlagen für ein System einer Einheitskurzschrift zu schaffen. Die arbeitsfreudige und versöhnliche Stimmung der Konferenz läßt die Hoffnung nicht unberechtigt erscheinen, daß nunmehr das wertvolle Ziel einer Einheitskurzschrift und damit auch die Verallgemeinerung der Stenographie durch Aufnahme in den Schulunterricht in den Gesichtskreis des Möglichen getreten ist.

Im Großen Schauspielhause gelangt Shakespeares „Sommernachtstraum", neu inszeniert von Max Reinhardt mit der Musik von Mendelssohn-Bartholdy, Dienstag, 19. April, zur Erstaufführung. Der szenische Rahmen ist von Prof. Hans Meid, die Kostüme von Max Ree aus Kopenhagen.

Vorträge. Im Lessing-Museum spricht Donnerstag 1/2 8 Uhr Margarete Beinberg über „Rahel Varnhagen". Lieder aus ihrer Zeit hört Dore Busch vor. — Ein Vortragsabend von Werken des deutsch-arabischen Dichters Aßis Domet findet Freitag 7 1/2 Uhr im Lessing-Museum statt.

Die Handelshochschule Berlin hat ihr Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1921 soeben erscheinen lassen. Es ist in ihrem Sekretariat, C 2, Spandauer Str. 1, für 1 M. erhältlich.

Ein Stadttheater ohne Schauspieler. Nachdem die Darsteller des Altonaer Stadttheaters am 9. April in den Streik getreten waren, hat nunmehr die Gesellschaft sämtliche Künstlerverträge wegen Vertragsbruchs (!) gelöst.

Groß-Berlin

Neuer Markt.

Wenn man Montag und Donnerstag in den Vormittagsstunden durch das westliche Charlottenburg wandert, entdeckt man eine wirtschaftliche Sehenswürdigkeit, einen neuen Wochenmarkt, der sich, immerwährend wechselnd, von morgens 7 Uhr bis mittags um 1 in einer nicht sehr breiten Straße abrollt.

In der Nähe des kleinen Lietzensees sind leichte Buden aufgestellt, die letzten Ausläufer des Marktes reichen bis an die Neue Kantstraße. Man geht durch die einzelnen Stände und entdeckt hier all die alten Bekannten, die Händler, die sonst an der Trinitatiskirche, am Witzlebenwochenmarkt stehen, die Fleischer und die Fischhändler, den Feldgrauen, dessen Laden aus einer großen Holzkiste besteht, in der zwischen Streu die großen und kleinen Landeier sorgsam eingebettet liegen, die kleine dicke Frau mit dem Lackhut, die zum Kauf von Pflaumenmus und Leinöl einladet, die Grieß- und Reishändler, bei denen es Sultaninen und Mandeln gibt. Die rothaarige junge Frau ist da, die mit Strumpfbändern und Resten handelt und mit ihren Nachbarn von der Käsebranche Freundschaft geschlossen hat; vom Wochenmarkt am Friedrich-Karl-Platz ist die Blumenmadame erschienen, geschäftig stellt sie große und kleine Sträuße zusammen, die Vergißmeinnicht und die Himmelschlüsselbuketts „gehen" am besten, die stolzen, weißen Narzissen mit dem Feuermund sind weniger begehrt, 1 M. der Stiel, das ist sogar für diese westliche Gegend zu teuer. Die blühenden Apfelzweige sind bald vergriffen und die starkriechenden Hyazinthensträuße, ganz hellblau mit weißen Streifen, finden viel Nachfrage, der Blumenstand ist nie leer. Viel Apfelsinen, sehr viel Apfelsinen werden angeboten. Das krasse südliche Gelb steht fast feindlich im Grau der Straße. Zwischen den gackernden Hühnern in Holzkäfigen gurren weiße und bunte Tauben, neben den Gemüseständen flattern die Zelte des Wursthändlers. Kolonialwaren stehen in langen Reihen aufgebaut, die amerikanische Büchsenmilch konkurriert mit der holländischen Sahne. Vor dem großen Handwagen liegt der arme braungefleckte Ziehhund auf den bloßen Steinen, das nächste Mal wird sein Herr ihm hoffentlich eine Decke hinlegen, denn Charlottenburg liegt nicht in Afrika. Der gelbe, kurzhaarige Ziehhund nebenan hat es besser, er liegt in Decken gehüllt auf einem trockenen Brett, sein Trinknapf steht neben ihm.

In einer großen Bude sind Küchengeräte ausgebreitet, von einem Pfahl zum anderen ist ein Strick gespannt, über der Warenauslage, eine Etage höher, klappern die Blechlöffel gegen die Kaffeerollen. In großen Mengen liegt der mattweiße Blumenkohl neben dem frischen Spinat auf breiten Planken, eilig geht man an den kräftig duftenden Heringstonnen vorbei, und ich verabschiede mich noch schnell von einem guten Bekannten, es ist ein kleiner brauner Maulesel, ein alter Soldat aus dem Kriege, amerikanische Munitionsbespannung . . . .

Gaunerei ohne Ende.

Für 700 000 Mark Zigarettenbanderolen entwendet.

Die Steuereinnahmen des Staates sind dauernd bedroht. Vor kurzem wurde gemeldet, daß Steuermarken in bedeutendem Umfange gefälscht und verkauft wurden, jetzt wird berichtet, daß eine Diebes- und Hehlergesellschaft für 700 000 Mark Zigaretten- und Zigarrenbanderolen entwendet und verschoben haben.

Elf Personen hatten sich wegen dieses Vergehens vor der Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Arbeiter Erich Kartz, die Schlosser Erwin Gütz und Max Engel waren im Reichsfinanzzollamt mit dem Verpacken von Zigaretten- und Zigarrensteuerbanderolen beschäftigt und benutzten diese Tätigkeit, davon Mengen im Werte von 700 000 M. zu entwenden. Durch Vermittlung von Bekannten haben sie diese an Tabak- und Zigarettenfabrikanten verkauft. Gütz und Engel haben dabei eine ganz besondere Diebestätigkeit entfaltet und wohl auch den größten Teil des Erlöses erhalten. Wegen gewerbsmäßiger Hehlerei hatten sich der Monteur Friedrich Liesecke und ein Kaufmann Max Citron zu verantworten. Der erstere wurde zu zwei Jahren, der letztere zu ein Jahr sechs Monaten Gefängnis wegen einfacher Hehlerei verurteilt. Gütz erhielt zwei Jahre, Engel ein Jahr sechs Monate und Kartz acht Monate Gefängnis. Die Fabrikanten Max Schier und Hans Schlesinger wurden wegen Steuerhinterziehung mit 78 000 M. bzw. 178 000 M. Geldstrafe bedacht, da angenommen wurde, daß ihnen die Tatsache des Diebstahls unbekannt war. Die übrigen Angeklagten kamen mit geringeren Gefängnisstrafen davon, drei von ihnen erhielten auch noch eine Bewährungsfrist. Ein großer Teil der gestohlenen Banderolen ist übrigens in das Amt zurückgebracht worden.

Die Ahnungslose.

Der Irrtum eines Standesbeamten veranlaßte eine Frau, die mit ihrem Manne in Scheidung lag, eine neue Ehe einzugehen. Sie lebte glücklich und unbesorgt, bis sich eines Tages herausstellte, daß ihre Ehe nicht geschieden war. Nun mußte sie sich vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I wegen Bigamie verantworten.

Die Angeklagte Frau Rosa Adler war mit einem gewissen Klempin verheiratet. Dieser strengte die Ehescheidungsklage gegen sie an. Nachdem mehrere Termine stattgefunden hatten, hörte die Angeklagte nichts mehr von der Sache. Inzwischen hatte sie ihren jetzigen Ehemann kennengelernt und beabsichtigte mit diesem eine neue Ehe einzugehen, zumal sich auch schon Familienzuwachs eingestellt hatte. Der Standesbeamte in Moldenberg, vor dem auch die erste Ehe geschlossen worden war, verlangte nun den Nachweis, daß diese geschieden sei. Die Angeklagte schrieb an das Landgericht III und erhielt im November 1916 ein Schriftstück mit der Ueberschrift „Im Namen des Königs". Ohne den Inhalt richtig zu verstehen, schickte sie dieses an den Standesbeamten in Moldenberg, der, ohne die Rechtslage richtig zu erfassen, das Schriftstück als Scheidungsurteil ansah und die zweite Ehe schloß. Später stellte es sich heraus, daß hier ein grobes Versehen vorlag, denn in dem Urteil hieß es gerade, daß die Klage des Ehemannes abgewiesen war, d. h. daß die erste Ehe zurecht bestand. — Der Staatsanwalt hielt eine Mitschuld der Angeklagten für festgestellt und beantragte 6 Monate Gefängnis, während R.-A. Müller-Stremeyer die Freisprechung für geboten hielt, da man bei einer einfachen Frau aus dem Volke nicht so viel juristische Kenntnisse voraussetzen könnte, um ein verklausuliertes Gerichtsurteil zu verstehen. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und erkannte auf Freisprechung. — Der Vorsitzende wies die Angeklagte darauf hin, daß ihre jetzige Ehe ungültig sei.

Casanova.

Unter dem hochtönenden Namen eines Grafen Albert v. Casanova hat es ein internationaler Hochstapler verstanden, lange Zeit hindurch großangelegte Betrügereien und Heiratsschwindeleien zu verüben. Mit gefälschten Papieren verschaffte er sich Zutritt zu den angesehensten Berliner Gesellschaftskreisen und seinem gewandten Auftreten gelang es, mehrere junge Damen in sein Netz zu locken. Wenn der Trick mit der aussichtsvollen Ehe nicht verfangen wollte, so führte er sich als steinreicher Filmindustrieller ein und eroberte so die Herzen und die Geldbörsen seiner Auserwählten. In großem Maßstabe arbeitete Graf v. Casanova auch mit inhaltsschweren, aber gefälschten Kabeltelegrammen, die für ihn aus vielen außereuropäischen Ländern eintrafen und große Geldsendungen in Aussicht stellten. Auch von einem umfangreichen Landbesitz in Italien und Ungarn pflegte der Hochstapler zu erzählen und es gelang ihm, große Darleben auf diese Weise zu erhalten. Seine Wohnung nahm der Abenteurer stets in erstklassigen Hotels und wohnte dort auch zeitweilig als italienischer Botschaftsattaché. Alle seine Betrügereien fanden vollen Glauben und sicherten ihm hohe Einnahmen. Vor einigen Tagen aber ereilte ihn das Schicksal. Eine von ihm betrogene Schauspielerin erstattete Anzeige bei der Polizei und den Beamten der Inspektion B II im hiesigen Polizeipräsidium gelang es, den falschen Grafen zu verhaften. Die Personenfeststellung hat ergeben, daß der Graf Casanova der Sohn eines Maurerpoliers aus Osterode in Ostpreußen ist und Albert Romeica heißt. Der Betrüger ist 23 Jahre alt.

Raumluxus in Dienstwohnungen.

Daß die Dienstwohnungen mittlerer und höherer Beamten oft unnötig groß bemessen sind, mußte man schon in der Zeit vor dem Kriege als einen Unfug ansehen. Heute, wo weite Kreise der Bevölkerung unter dem Wohnungsmangel leiden, fällt der mit Dienstwohnungen getriebene Raumluxus noch unangenehmer auf. Manche der Beamten empfinden selber die Größe der ihnen zugewiesenen Wohnungen als eine Last, andere aber fühlen sich wohl in ihrem hochherrschaftlichen Heim und wollen auch jetzt trotz Wohnungsnot nichts davon abgeben. Leider sind die Wohnungsämter gegenüber Inhabern zu großer Dienstwohnungen ziemlich machtlos, weil für Dienstwohnungen ein Sonderrecht besteht, das die Abzweigung überflüssiger Räume erschwert.

Zu welchen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten das führen kann, lehrt ein Beispiel, das uns aus Beamtenkreisen mitgeteilt wird. Der Präsident Warburg von der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Charlottenburg hat eine Dienstwohnung von zehn Zimmern, die der im Greisenalter stehende Herr mit seiner Gattin und einer Hausangestellten bewohnt. Dagegen muß ein wissenschaftlicher Assistent der Anstalt, Dr. Bothe, sich immer noch mit der von ihm vor dem Kriege bewohnten „Dienstwohnung" behelfen, die aus einem einzigen Zimmer besteht. Es fehlt dieser Wohnung jedes Nebengelaß, und die Küche wird durch einen in dem Zimmer aufgestellten Einlochkocher ersetzt. Vor dem Kriege war der Assistent ledig, in der Kriegszeit aber heiratete er, und nach dem Kriege mußte er dann seine frühere „Dienstwohnung" wieder übernehmen, in der seine Gattin jetzt ihrer Niederkunft entgegensieht. Seit sechs Monaten steht Dr. Bothe beim Wohnungsamt Charlottenburg auf der Dringlichkeitsliste, ohne daß er Aussicht hat, von dort eine Wohnung zu erhalten. Der Beamtenausschuß, dessen Vermittlung er schließlich in Anspruch nahm, wandte sich an den mit Räumen reich gesegneten Präsidenten Warburg, holte sich aber einen völligen Mißerfolg. Präsident Warburg antwortete dem Ausschuß, er könne in dieser Angelegenheit nichts tun, über die Dienstwohnung des Präsidenten verfüge der Reichsminister des Innern.

Hoffentlich ist der Beamtenausschuß den ihm hier gewiesenen Weg gegangen und hat sich an den Reichsminister des Innern gewandt. Von diesem müssen wir erwarten, daß er über die Wohnung des Präsidenten so „verfügt", wie es das Bedürfnis und die Gerechtigkeit erfordern.

Das Diebeslager in der Mirbachstraße.

Ein großes Hehlernest wurde in der Mirbachstraße durch die Aufklärung eines großen Goldwarendiebstahls in der Jerusalemer Straße 5/6, der in der Nacht vom 24. zum 25. v. M. in der Uhrenhandlung von Schenk ausgeführt wurde, aufgedeckt.

Das eigenartige Verhalten des dort tätigen Wächters Gustav Krämer führte die Kriminalpolizei auf die Spur. Derselbe hatte mit zwei anderen jungen Leuten, dem mehrfach vorbestraften Hans Michalski und dem bisher unbescholtenen Arbeitsburschen Wilhelm Kriening, den Diebstahl ausgeführt. Der Wächter hatte den beiden Burschen den Schlüssel für das genannte Haus ausgehändigt, so daß sie sich einen zweiten anfertigen lassen konnten. Bei der Ausführung des Diebstahls hielt sich der Wächter zunächst an einer anderen Stelle auf, während die beiden Burschen die Tat vollführten. Sie machten dabei jedoch so großen Lärm, daß der Wächter sich veranlaßt sah, sie zur Ruhe zu ermahnen. Bei dieser Gelegenheit erhielt er gleichzeitig ein Drittel der von den beiden erbeuteten Uhren und Goldwaren, die insgesamt einen Wert von 100 000 M. hatten. Alle drei sind nun festgenommen worden. Es wurde festgestellt, daß sie ihre Beute für ganze 6000 M. an einen Kinobesitzer Taube in der Mirbachstraße verkauft hatten. Eine dort angestellte Haussuchung förderte nicht nur den größten Teil der aus dem eben erwähnten Diebstahl herrührenden Uhren an das Tageslicht, sondern es wurde auch ein großes Lager von anderen gestohlenen Sachen entdeckt, u. a. ein Ballen Seide von 600 Meter Länge, der von der Frau eines Wächters Stein an Taube verkauft war und ursprünglich 1200 Meter lang war. U. a. fand man auch eine Schreibmaschine Urania Nr. 16111 sowie einen Film „Staatsanwalt Briands Abenteuer", den Taube für ganze 3000 Mark gekauft hatte und der einen Wert von 150 000 M. repräsentiert.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Bezirksgruppe Groß-Berlin, hatte in den letzten Monaten einen gewaltigen Zuwachs neuer Mitglieder zu verzeichnen. Doch ist eine große Anzahl parteigenössischer Lehrer noch nicht der A.-G. beigetreten. Viele sind noch der Ansicht, daß der Beitritt zur A.-G. sich mit ihrer Stellungnahme zum Deutschen Lehrerverein nicht vereinbaren ließe. Im Interesse des Sozialismus wie der Partei muß unser Bestreben darauf gerichtet sein, den neutralen Deutschen Lehrerverein geschlossen zu den freien Gewerkschaften überzuführen. Unsere Genossen im Deutschen Lehrerverein müssen dort praktisch mitarbeiten, bis die Mehrzahl der Lehrerschaft für den Sozialismus und für den Gedanken der freien Gewerkschaft gewonnen ist. Somit ist unsere Stellung zum Deutschen Lehrerverein klar vorgezeichnet. Aus Gründen der Parteidisziplin sollte jeder parteigenössische Lehrer nach den Beschlüssen der Parteitage in Weimar und Kassel handeln, die besagen, daß die parteigenössischen Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen verpflichtet sind, sich in erster Linie der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer

---

Stine Menschenkind.

89]

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexö.

Eine Enttäuschung brachte der Hof Stine jedenfalls vorläufig nicht. Die ihn umgebende Luft von Klatsch und bösen Gerüchten einzuatmen, fiel ihr nicht schwer; und sie bot Anreiz genug, die Spannung in ihrem Kindersinn wachzuhalten. Stine hatte sich viel von dem Neuen versprochen, so viel, daß sie ein Grauen davor empfand, hineinzugeraten. Und bis auf weiteres hatte sie keine Veranlassung, Anstoß an etwas zu nehmen. Der dunkeln Rätsel gab es hier genug. Die Finsternis konnte so lebendig um einen werden, daß sie einem geradezu nach den Beinen packte.

Aber auch der helle Tag hatte das Seine zu erzählen. Hier gab es Fleischtöpfe wie im „Elsternnest", nur viel größere; man brauchte nicht vor jeder Mahlzeit mit den Batzen in der Hand hinzulaufen, um Einkäufe zu machen. Hier rannten Hühner herum und legten ihre Eier abseits an die unmöglichsten Stellen; Schweine standen und himmelten den langen Tag über dem Troge, der immer leer war, soviel auch hineingeschüttet wurde; hier waren kleine Kälber, deren Augen im Halbdunkel des Stalles zu wunderlich blauen Lichtern wurden, wenn man den Tieren erlaubte, einem an den Fingern zu saugen. Stine erkannte das alles mit seltsamer Freude wieder; wie wenn warmer Talg von der Kerze über die Finger herabläuft, so empfand sie das unterm Herzen. Das Milchsieb hing zum Trocknen auf dem Pfosten der Tür zum Wirtschaftsraum, und in den Dachrand der Nebenflügel waren Geräte hineingesteckt, Rechen und Heidekrauthacke. Die Axt saß so fest im Hauklotz, daß sie kaum herauszubekommen war; und die Sensen hingen in dem großen Dornbusch vorm Hof, die scharfen Klingen nach dem Stamm zugekehrt, damit die Kinder sich nicht verletzen konnten.

All das war wie im „Elsternnest", nur viel, viel größer. Sogar ein zweiter Kater Pers war hier vorhanden, ein richtiger Faulenzer, der den ganzen Tag auf einem warmen Stein lag und sich von der Sonne bescheinen ließ. In der Nacht aber bekam ihn niemand zu sehen außer den Ratten und Mäusen. Er glich Pers geradezu unheimlich und war ebenso zärtlich zu ihr. Es war beinahe, als ob sie einander immer gekannt hätten. Aber sie hatte ja selber gesehen, wie der Krugwirt mit seiner gewaltigen Trollfaust nach Pers, dem Fischdieb, griff, und ihn in einen Sack stopfte. Er schlug den Sack erst ein paarmal gegen den Molenstein und schleuderte ihn dann in den Hafen hinaus — und in dem Sack waren Steine! Es war nicht einmal sicher, daß Pers die feinen Goldbutten des Krugwirts gestohlen hatte. Der Vorn-und-hinten-Jakob schlich in der Nähe umher, und er war gar nicht so einfältig, wie die Leute immer sagten. Jedenfalls hätte der „Menschenfresser" den Korb nicht aus den Augen lassen sollen. Aber sterben mußte Pers, trotz den Tränen der Kinder. Jetzt schien es so, als wäre er wieder aus dem Grabe auferstanden. Selbst darin glich dieser Kater Pers aufs Haar, daß er ebenso versessen auf Fische war wie jener. Jeden Morgen lief er an den Strand und hüpfte auf die großen Steine hinaus. Dort saß er auf der Lauer nach den Flundern und anderen kleinen Fischen, die sich auf dem flachen Wasser aufhielten; und wenn sie nahe genug kamen, schlug er mit der Pfote unter sie hinab und zog sie auf den Stein hinauf. Es war recht belustigend zu sehen, wie Wasserscheu und Appetit in ihm kämpften, so daß er am ganzen Körper erschauderte. Das waren die einzigen Fische, die er bekam; denn auf dem Bakkehof aß man niemals Fisch, weil man glaubte, einen Bandwurm davon zu bekommen.

2. Heimweh.

Jeden Morgen gegen vier Uhr erwachte Stine davon, daß scharrende Tritte über das Steinpflaster hin nach der Tür ihrer Kammer herübertönten. Der bejahrte Tagelöhner war es, der sie zu rufen pflegte, wenn er am Morgen kam. Stine konnte ihn nicht leiden; sein Mund war immer unrein — von Kautabak und groben Worten, und es wurde erzählt, daß er nicht gut zu Frau und Kindern sei. Im Nu war sie aus den Federn. „Ich bin auf!" rief sie und hängte sich mit ihrem ganzen Gewicht an die Türklinke. Kam sie ihm nicht zuvor, so stieß er die obere Halbtür weit auf und stand dann grinsend da, den schmierigen, blauzähnigen Mund weit geöffnet.

Sobald sie ihn wieder nach dem Wohnhause gehen hörte, ließ sie die Klinke los und schlüpfte in die dünnen Kleider. Ihr Herz hämmerte gegen das graue Hemd, während sie sich das Haar flocht und dabei durch die offene Halbtür in den Tag hinausstarrte. Den einen Zopf hielt sie im Munde, während ihre Finger emsig mit dem anderen beschäftigt waren, und sie blinzelte zum Meere hinaus, wo der Tagesschimmer lag, sprühend wie zehntausend Funken. Der starke Morgen trug ihr von allen Seiten seltsame Düfte, Licht und Frische zu, und es durchrieselte sie von den Haarwurzeln bis zu den Zehen. Sie mußte niesen und verlor den Zopf aus dem Munde.

Dann stand sie draußen auf dem Steinpflaster, glatt gekämmt und mit zwei dünnen Zöpfen auf dem Rücken, ein wenig blaugefroren anzusehn und ganz wach. Sie glich einem der Vögel, die plötzlich aus dem Dunkel unterm Gesträuch hervorgeschossen kommen und vom Lichte flachgedrückt werden. Nun warf sie einen verstohlenen Blick nach dem Wohnhause hinüber — und war plötzlich um den Giebel verschwunden.

„Da läuft die Dirn' wahrhaftig wieder ans Meer," sagte der Tagelöhner, der in der Küche saß und seinen Morgenimbiß kaute. „Rein verrückt ist sie nach dem Wasser; man sollt' glauben, daß sie Fischblut in sich hat."

„Laß sie doch," erwiderte die Magd. „Was schad's denn? Die Frau und der Sohn sind ja noch nicht auf."

Stine eilte auf den nackten Füßen durch das nasse, scharfe Sandhaargras, bis an den hohen Küstenhang, wo das Meer ausgebreitet unter ihr lag, in wunderbar rosenfarbenem Blaß oder grau und aufgepeitscht, je nachdem das Wetter war. Das war so weit gleichgültig. Stine machte sich nichts aus dem Meere, nicht die Spur. Etwas Gutes hatte es ihr nicht gebracht, dem Großvater hatte es die Gicht verschafft, und im Dasein Großchens und ihrem eigenen war es die ewige Unruhe gewesen. Aber es bespülte ja nun einmal auch das Fischerdorf; das gleiche Wasser war dort und hier; man hätte hinübersegeln können, wenn auf dem Bakkehof ein Boot gewesen wäre. Stine war es gleich, wie das Meer aussah; es hatte die Aecker vom Hof auf der Landzunge weggefressen und die Leute arm gemacht, im Sturmwetter hatte es an Großchens Hütte gerüttelt und seine Schaumspritzer bis zu den Fensterscheiben hinaufgesandt. Sie kannte Dinge, die gemütlicher waren. Wenn sie aber Glück hatte, konnte es ihr gelingen, zu sehen, wie die Boote aus dem Dorf vom nächtlichen Fang nach Hause zurückkehrten. Die Entfernung war zu groß, als daß sie sie voneinander hätte unterscheiden können; aber das des Vaters war darunter, und sie war überzeugt, daß er hierher starrte. Sie suchte sich ein Boot aus, das das seine sein sollte, und verfolgte es, bis es hinter der Landzunge verschwand, wo das Dorf versteckt lag.

(Forts. folgt.)

Lehrer und Lehrerinnen" als tätige Mitglieder anzuschließen. „Der Freie Lehrer", unser Organ, das geistige Bindeglied unserer Organisation, sollte jeder bei der Post abonnieren. Beitrittserklärungen sind zu richten an den ersten Vorsitzenden Bahlke, Berlin N 58, Senefelderstr. 7.

Die Jungsozialisten hielten am 9. April ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht des Genossen Keller ging hervor, daß die Jungsozialistische Vereinigung im Geschäftsjahre 1920 große Fortschritte zu verzeichnen hatte. Wissenschaftliche und politische Vorträge sowie Arbeitsgemeinschaften trugen dem Wissensdrange der Mitglieder Rechnung. Keller sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, für die Vereinigung größere Mittel zu erhalten, um die bisherige Arbeit im gleichen Sinne fortsetzen zu können. Genosse Curt Wegner sprach über die Ziele der Vereinigung und beleuchtete die Arbeit der bürgerlichen Jugendvereine. Aufgabe der Jugend ist es, daran mitzuwirken, daß alle Völker zu einer großen Gemeinschaft zusammengeführt werden. Hierzu soll auch die erste internationale Jugendkonferenz, die demnächst in Amsterdam stattfindet, helfen. Wegner schloß mit einem begeisterten Appell zu gemeinsamer Arbeit. „Wir wollen der Partei dienen, zu der wir gehören, unser Kampf muß gemeinsam geführt werden im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands." Nach kurzer Diskussion wurde das Statut einer Beratung unterzogen. Infolge der vorgerückten Zeit mußte die Generalversammlung jedoch vertagt werden.

Im 16. Verwaltungsbezirk (Cöpenick) hat, wie wir in Nr. 160 berichteten, die Bezirksversammlung den Vorschlag des Berliner Stadtverordnetenvorstehers Dr. Weyl, künftig in allen Verwaltungsbezirken die Sitzungen der Bezirksversammlungen am Mittwoch abzuhalten, abgelehnt. Dr. Weyl legt Wert auf die Feststellung, daß sein Ersuchen an die Bezirksversammlungsvorsteher um Verlegung der Sitzungen auf Mittwoch „auf ausdrücklichen Beschluß des Aeltestenrats der Stadtverordnetenversammlung in Anwesenheit der Vertreter aller Fraktionen, insbesondere auch der drei sozialistischen Fraktionen, und zwar mit überwiegender Mehrheit der Stimmen erfolgt ist".

Der neue Vororttarif. Am 1. Juni dieses Jahres werden auch auf den Berliner Vororttstrecken neue Fahrpreise zur Einführung gelangen. Wie auch im Stadt- und Ringbahnverkehr werden die Mindestsätze in der 2. Klasse 1 M., in der 3. Klasse 70 Pf. für die Einzelfahrt, sowie 40 bzw. 25 M. für die Monatskarten 2. bzw. 3. Klasse betragen, während die neue Wochenkarte mindestens 8,50 M., d. h. ein Drittel der billigsten Monatskarte 3. Klasse kosten wird. Die Mindestsätze für die Einzelfahrkarten gelten für Entfernungen bis zu 10 Kilometer, dagegen reichen die billigsten Zeitkarten im Vororttverkehr nur für Entfernungen von 1—7 Kilometer, um bis zur Entfernung von 10 Kilometer auf 55 M. (2. Kl.), 37 M. (3. Kl.) und 18 M. (Wochenkarte) zu steigen.

Der Untergrundbahnbau am Nollendorfplatz ist jetzt soweit vorgeschritten, daß in der Kleiststraße bis zur Eisenacher Straße die Bauzäune beseitigt werden konnten. Am Nollendorfplatz selbst sind die Innenausbauten der Bahnsteige und auch die Zugänge zum Bahnhofe noch nicht fertiggestellt. Ueber den Weiterbau der Reststrecke, zwischen der Zwölf-Apostel-Kirche und dem Gleisdreieck ist noch nichts festgesetzt worden, weil dieser Weiterbau den Abbruch einer Reihe von Häusern erforderlich machen würde, für den die Erlaubnis jetzt schwerlich erteilt werden kann.

Auto-Gesellschaftsreisen nach den schönsten Gegenden Deutschlands veranstaltet das Reisebureau des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs, Berlin, Neue Wilhelmstr. 9/11, ab Pfingsten dieses Jahres. Die Dauer der einzelnen Reisen wechselt zwischen fünf, acht, zehn und vierzehn Tagen. Aehnlich wie bei früheren Veranstaltungen der Hapag und des Norddeutschen Lloyd (Nordland- und Mittelmeerfahrten) wird ein Pauschalfahrpreis erhoben, in dem neben der mäßigen Platzgebühr alle unterwegs entstehenden Unkosten enthalten sind: Gepäckbeförderung, Verpflegung, Uebernachten in guten Hotels, besondere Veranstaltungen, wie Besichtigungen von alten Burgen und Schlössern und sonstigen Sehenswürdigkeiten. Die erste Reise führt in den Harz, die zweite durch Thüringen nach Rothenburg o. d. Tauber und die dritte durch Mecklenburg an die Ostsee. Ausführliche Prospekte sind durch ADAC.-Reisebureau ostenlos zu haben.

Der Neuköllner-Britzer Schiffahrtskanal ist am 1. April auf die Wasserstraßenverwaltung des Reichs übergegangen. Das Reich erstattet der Stadtgemeinde Berlin 80 Proz. der Anlagekosten. Da von den Gesamtbaukosten des Kanals 16 Millionen auf die durchgehende Wasserstraße entfallen, hat das Reich rund 3 Millionen zu zahlen. Auch die über den Schiffahrtskanal führenden Brücken werden vom Reich übernommen und bezahlt. Dagegen bleiben die Hafenanlagen, die Ladestraßen und Speicher im Besitz der Stadt Berlin. Sowohl der städtische Verwaltungsrat für Häfen und Schiffahrt als auch die Verkehrsdeputation haben sich mit dem darauf bezüglichen Abkommen mit dem Reich einverstanden erklärt.

Die Auszahlung der Milchgeldzuschüsse erfolgt vom 1. April 1921 ab durch die Säuglingsfürsorgestellen für diejenigen hilfsbedürftigen Personen, die dort ihre Kinder vorstellen oder sonst bekannt sind, durch das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin an diejenigen Schwangeren, die dort in Fürsorge stehen, in allen übrigen Fällen durch die Bezirksjugendämter bzw. Bezirksfürsorgestellen. Es wird wie bisher ein Zuschuß von 0,60 M. für das Liter an Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr und an Schwangere drei Monate vor der Niederkunft gezahlt.

Zucker. Auf Abschnitt 81 und Abschnitt 82 der Berliner Zuckerkarte werden in der Zeit vom 1. bis 15. Mai und vom 16. bis 31. Mai 1921 je ein Pfund Verbrauchszucker zum Inlandszuckerpreise abgegeben.

Gefunden wurde eine Brieftasche, in welcher sich eine rote Ausweiskarte des „Vorwärts", auf den Namen Tschirch lautend, befindet. Die Tasche ist von dem Finder Petznick, Frankfurter Allee 49, abzuholen.

Die Volkshochschule Groß-Berlin hat soeben ihren neuen Lehrplan für April-Juni 1921 herausgegeben. An 40 über ganz Groß-Berlin verteilten Arbeitsstätten finden fast 200 Kurse aus allen Wissensgebieten statt. Lehrpläne und Karten im Gewerkschaftshaus, bei den Buchhandlungen „Vorwärts" und „Freiheit" sowie an zahlreichen anderen Stellen und an den bekannten Arbeitsstätten.

Filmschau.

Chiromantie und Wissenschaft. Solange der Film nur Unterhaltung sein will, mag man ihn dahinziehen lassen; in dem Augenblick, in dem er sich vermißt, die Gefilde der Wissenschaft zu betreten, muß er sich einen ernsteren Maßstab gefallen lassen. — Die B.-F.-Filmgesellschaft lud im Marmorhaus zu einer Presseworstellung des Films „Don Sore" ein, der von dem „Chiromanten" (Handzeichendeuter) Prof. Keith und Martin Berger verfaßt ist. Die Chiromantie verwechselt Ursache und Wirkung; die verarbeitete Hand, die schicksalbestimmend für das Leben des Menschen sein soll, ist tatsächlich Folge, nicht Ursache eines arbeitsreichen Lebens; die Handdeutekunst geht von einer Simplizität des menschlichen Charakters aus, die sich mit dessen tatsächlicher Kompliziertheit nicht vereinen läßt. Wo außerpersönliche Schicksale aus den Linien der Hand gedeutet werden sollen, nähert sich die Chiromantie dem Okkultismus und entzieht sich hier vollständig wissenschaftlichen Kontrollmöglichkeiten. Trotz des warmherzigen Appells an die Presse hat diese der Oeffentlichkeit gegenüber die Pflicht, derartige Bestrebungen nicht zu unterstützen. Die Begriffe über wissenschaftliche Forschung und Methode sind verschieden und wir glauben nicht, einen geringeren Hauch ihres Geistes verspürt zu haben als der mysteriöse Herr Keith. Wir, denen die Wissenschaft eine heilige Sache ist, verbitten es uns ernsthaft, ihren großen Namen durch derartige Scharlatanerien entweihen zu lassen. — Der Film selbst ist von Ueberschriftballast frei; dafür kaum verständlich. Der Chiromant siegt. Interessant sind die Kostüme und das Mobiliar aus der Zeit Napoleons.

Sport-Palast. Ein ganz minderwertiger Kitsch wird unter der Spitzmarke „Die böse Lust" dem Publikum vorgeführt. Es ist einigermaßen erstaunlich, angesichts der scharfen Konkurrenz zwischen den einzelnen großen Filmunternehmungen, daß man sich überhaupt mit einem derartigen Machwerk an die Oeffentlichkeit herauswagt. Eine bis ins Groteske dick aufgetragene Handlung mit ganz unmöglichen Situationen, die durch ihren sozial-ethischen Beigeschmack erst recht auf die Nerven fällt. Obendrein schlecht gespielt. Wenn man bedenkt, daß die „Böse Lust" erst den Anfang einer Trilogie bildet: „Die Diktatur der Liebe" — o weh! — Das Publikum harrte dennoch, wohl oder übel, zum größten Teil aus, weil noch ein zweites Stück auf dem Programm stand. Ein Kriminalfilm: „Die goldene Kugel". Seine Geduld wurde belohnt, denn dieses Stück, von Kaiser-Titz und dem Verfasser Otto Treptow recht gut gespielt, war guter Durchschnitt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 13. April:

Mitgliederversammlungen.

5. Abt. 7 Uhr, Arndt-Realschule, Belle-Alliance-Str. 80.
6. Abt. 7½ Uhr im „Reichenberger Hof", Reichenberger Str. 147. Thema: „Der englisch-amerikanische Kampf um die Weltherrschaft." Ref. Erwin Barth. Bericht und Vorstandswahl.
38. Abt. 7½ Uhr bei Franke, Brücken-Allee 30 (nahe Bahnhof Bellevue). Ref. Genosse Dr. Bauer „Die politische Lage". Wahl des Abteilungsvorstandes. Gäste willkommen.
45. Abt. 7½ Uhr. Schulaula Christianiastr. 36/38. Ref. Genosse E. Lehmann: „Die politische Lage".
51. Abt. Charlottenburg. 7½ Uhr bei Schillbach, Königin-Elisabeth-Str. 4. Wichtige Tagesordnung. Wahl des Vorstandes.
64. Abt. Halensee. 7½ Uhr bei Schmop, Paulsborner Str. 22. Mitgliederversammlung.
78. Abt. Schöneberg. 7½ Uhr bei Hendel, Vorbergstr. 11, und bei Grunge, Gustav-Freitag-Str. 3. Thema: „Politische Tagesfragen". Ref. Franz Czeminski und Dr. Max Bendiner.
80. Abt. (Friedenauer Ortsteil von Schöneberg). 7½ Uhr im Restaurant „Zum Burghof", Hauptstr. 83. Generalversammlung. 1. Vortrag des Genossen Pfarrer Meier. 2. Jahres- und Kassenbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes.
81. Abt. Friedenau. Zahlabende 7½ Uhr in folgenden Lokalen: 1.—3. Bezirk: bei Albrecht, Handjerystr. 86. 4. u. 5. Bezirk: Bernau, Fehlerstraße 12. Thema: „Politische Tagesfragen". Ref. Ministerialrat Hißler. 6. Bezirk: Gundlach, Odenwaldstr. 18. Thema: „Die politische Lage". Ref. Genosse Alfred Thomas.
82. Abt. Steglitz. 8 Uhr Zahlabende in den bekannten Bezirkslokalen.
85. Abt. Neukölln. 7½ Uhr bei Gohlke, Hermannstr. 190. Tagesordnung: 1. „Ist der Sozialismus eine Kulturbewegung?" Ref. Richard Weimann. 2. Freie Aussprache.
103. Abt. Adlershof. 7½ Uhr im Zeichensaal der 2. Gemeindeschule. Generalversammlung. Neuwahlen des Abteilungsvorstandes.
106. Abt. Johannisthal. 7½ Uhr im „Waldkater", Kaiser-Wilhelm-Str. 10. Generalversammlung. Vortrag des Genossen Steuer. Vorstandswahl.
108. Abt. Köpenick. 7½ Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen.
118. Abt. Lichtenberg. 7½ Uhr bei Sill, Weichselstr. 14. Thema: „Wintervereband". Ref. Max Grunefeld.
122. Abt. Biesdorf. 7½ Uhr bei Borach, Marzahner Str. 38. „Die politische Lage". Ref. Alfred Puls.
125. Abt. Weißensee. 1. Bezirk: bei Harbt, Lothringenstr. 30. 2. Bezirk: bei Stärke, Charlottenburger Str. 3. Vortrag über: „Weltliche Schule". Ref. Genosse Geist. 3. Bezirk: bei Wiebbruck, Langhansstraße 62. Thema: „Großstädtische Siedlungspolitik". Ref. Genosse Müller. 4. Bezirk: bei Gampe, Lichtenberger Str. 3.
129.—136. Abt. Pankow. 7½ Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen.
136. Abt. Reinickendorf-Ost. 7 Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: 1. Bezirk: „Bürgergarten", Hauptstr. 51. 2. u. 3. Bezirk: Lindstedt, Residenzstr. 51. 8. u. 9. Bezirk: Neher, Provinzstr. 108, Ecke Pankower Allee. 10., 11. u. 12. Bezirk: Heinicke, Grünthalerstr. 82, Ecke Hoppestraße. Den Bezirksführern wird empfohlen, bei der am Mittwoch, den 13. April, nachmittags 5 Uhr, im Realgymnasium, Berner Straße, stattfindenden Bezirksamtswahl anwesend zu sein.

Nowawes. Restaurant „Thalia-Klause", Lindenstraße, Kleiner Saal, ½8 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht, Vorstandswahl.

Morgen, Donnerstag, den 14. April:

37. Abt. Die irrtümlich veröffentlichte Mitgliederversammlung findet erst Donnerstag, den 14. April, abends 7½ Uhr, im „Ariushof", Verlsberger Str. 26, statt. Thema: „Wohlfahrtspflege". Referentin Genossin Arnold-Hellemann. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich, da wichtige Tagesordnung.
53. Abt. Charlottenburg. 7 Uhr bei Arland, Beusselstr. 32. Tagesordnung: „Die politische Lage". Ref. Kurt Heinig. Neuwahl des Vorstandes.
55. Abt. Charlottenburg. 9. Gruppe: 7½ Uhr Zahlabend bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21.
62. Abt. Steglitz. ½8 Uhr Oeffentliche Versammlung in der Aula des Gymnasiums Heesestraße. Thema: „Los von Berlin?" Ref. Dr. Ostrowski.
92. Abt. Neukölln. 7½ Uhr in der Aula des Realgymnasiums Kaiser-Friedrich-Straße 210. Wichtige Tagesordnung. Neuwahl des Vorstandes.
96. Abt. Neukölln. 7 Uhr in „Wolffs Gesellschaftshaus", Kirchhofstr. 40, Ecke Zipperstraße. Tagesordnung: Neuwahl der Abteilungsleitung. Zahlabende fallen aus, kassiert wird in der Versammlung.
138. Abt. Hermsdorf. 7½ Uhr bei Bötcher, Waldseestraße, Ecke Berliner Straße. Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Abteilungsvorstandes. 2. Neuwahl der Abteilungsleitung. 3. Neuwahl der Straßenführer. 4. Stellungnahme zur Wahl des Bezirksamts. 5. Maifeier.

*

Kreis 6, Hallesches Tor. Obleute der Elternbeiräte der Abteilungen 8a—13 wollen umgehend schriftlich einen Tätigkeitsbericht an den Genossen Wolff, Forster Str. 44, einsenden.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr:

Köpenick. Lokal von Stippekohl, Schönerlinder Str. 3. Vortrag: „Die Revolution von 1848." — **Friedrichshagen.** Scharnweberstr. 103a. Diskussionsabend. — **Gesundbrunnen.** 3?. Gemeindeschule, Grüntaler Str. 5 (Jugendzimmer). „Heinrich-Heine-Abend". — **Groß-Lichterfelde.** Albrechtstr. 14a. Besuch der Sternwarte. — **Mahlsdorf.** Gemeindeschule Walderseestraße. Leseabend. — **Norden.** Schule Putbuser Str. 3?. Diskussionsabend. — Wandern. — **Prenzlauer Vorstadt.** Senefelderstr. 6/7. Mitgliederversammlung (Neuwahl des Vorstandes). — **Rosenthal.** Gemeindeschule Kastanien-Allee. Vortrag: „Was wir sind und was wir wollen." — **Staaken.** Gartenstadtschule. Mädchenabend. — **Südost — Köpenicker Viertel.** Wrangelstr. 128 (Schule). Vortrag: „Warum muß sich jeder junge Arbeiter und jede junge Arbeiterin dem Verein Arbeiterjugend anschließen." — **Südwest.** Jugendheim Lindenstr. 3, II. Hof 3 Tr. Außerordentliche Mitgliederversammlung. — **Tempelhof.** Lyzeum, Germaniastraße 6/7 (Eingang Kinderhort). Vortrag: „Der Lehrling im Mittelalter." — **Wedding.** Müller-, Ecke Triftstraße. Vortrag: „Romantik auf der Landstraße." — **Weißen(see).** Baugewerkschule Kurfürstenstr. 141. Vortrag: „Sport und Arbeiterjugend." — **Wilmersdorf.** 4. Gemeindeschule, Koblenzer Straße (Zeichensaal). Vortrag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Kartellverband für Sport und Körperpflege Groß-Berlin. Die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses und der Finanzkommission (Frahne, Siebenrichen, Leger) halten am Montag, den 18. April, 7 Uhr, in der Geschäftsstelle „Arbeiter-Sport", SO. 16, Köpenicker Str. 108, eine außerordentliche Sitzung ab. Erscheinen der Vorgenannten unbedingt erforderlich! J. A.: Schlöffinger. — **Arbeiter-Wassersport-Verband, Kreis 1.** Sämtliche angeschlossenen Vereine werden gebeten, sofort ihre Rettungswachen zusammenzustellen und die Adresse des Obmannes sofort bei dem Obmann der Rettungswache Kreis 1, Willi Kessler, Charlottenburg 2, Bismarckstr. 14, abzugeben. — **Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin, e. V. Abteilung Weißensee-Hohenschönhausen.** Am Donnerstag, den 14., abends 7 Uhr, Kursusanfang, Schule Freienwalder Straße in Hohenschönhausen. Anmeldungen werden dort entgegengenommen. Der Besuch des ersten Lehrabends ist frei. Kursusbeitrag 10 M. — **Abteilung Rosen-Wedding.** Schule Bernauer Str. 58/59. Am Donnerstag, den 14., abends 7 Uhr, Kursusanfang. Anmeldungen werden daselbst entgegengenommen. Der Besuch des ersten Lehrabends ist frei. Kursusbeitrag 10 M. — Abteilung **Lichtenberg.** Am Montag, den 18., im Lokal von Pieckenhagen, Scharnweberstraße 61, abends 7 Uhr, Vortrag von Dr. Keller über Geschlechtskrankheiten. — Abteilung **Schöneberg-Friedenau.** Donnerstag, den 14., fällt der Lehrabend aus. Dafür Mitgliederversammlung im Lokal von Händel, Schöneberg, Vorbergstr. 11. — **Die Deutsche Friedensgesellschaft,** Ortsgruppe Berlin, hält bis auf weiteres ihre wöchentlichen Mitgliederversammlungen im Bürgersaale des Berliner Rathauses, Freitags um 7 Uhr abends, ab. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Schlagwettertod.

Auf der Zeche „Konstantin der Große" bei Bochum ereignete sich eine Explosion schlagender Wetter, durch die **15 Personen getötet,** 5 schwer verletzt wurden.

Die Explosion ereignete sich vormittags 9.45 Uhr. Ein Teil der Belegschaft konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen und ausfahren. Auf der Unglücksstelle sind zahlreiche Rettungsmannschaften von den benachbarten Konstantinschächten sowie von den Zechen Lothringen und Hibernia eingetroffen, die gegen 12 Uhr mit Sauerstoffapparaten eingefahren sind. Die Hilfsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da der größte Teil der Zeche infolge der Gewalt der Explosion zu Bruch gegangen ist. In der Grube befinden sich jetzt noch einige Bergleute, so daß die Gesamtzahl der Opfer 25 nicht übersteigen wird. . . .

Bestrafter Wohnungsschieber. Wegen Wohnungsschiebungen wurde der Leiter des städtischen Wohnungsamtes in Mühlhausen (Thüringen), Müller, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus der Partei.

200 000 Einwohner — 19 500 Parteimitglieder.

Wir entnehmen dem Bericht unseres Kieler Parteivereins folgende Angaben:

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, in der sich Kiel nach dem verlorenen Kriege befindet, trotz der steigenden Erwerbslosigkeit und der dauernden Abwanderungen ist es unserer Organisation gelungen obigen Stand zu erreichen. Die Mitgliederzahl, die am 31. März 1920 15 496 männliche und 2658 weibliche Mitglieder, also insgesamt 18 154 betrug, ist, trotzdem im Berichtsjahre rund 2000 Mitglieder Kiel verlassen mußten, auf 16 730 männliche und 2742 weibliche Mitglieder, also insgesamt um 1847 auf 19 501 Mitglieder gestiegen. Es sind in der Berichtszeit allein 1381 Mitglieder von den linksradikalen Parteien zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Dabei handelt es sich bei dieser Zahl nur um die Mitglieder, die bei ihrem Uebertritt das alte Mitgliedsbuch der bisherigen Partei abgeliefert haben.

Allerdings wäre der Stand wohl nicht erreicht worden, wenn nicht ein so reges Leben innerhalb der Partei geherrscht hätte. Neben intensiver Kleinarbeit mittels des gut ausgebauten Vertrauensmännerkörpers haben wir oft mit unseren Gegnern die Klingen gekreuzt. Von auswärtigen Rednern waren es die Genossen John Ehrenteit, Paul Löbe, Hermann Müller, Siegfried Nestriepke, Daniel Stücklen, Philipp Scheidemann, Adolf Braun, Friedrich Stampfer und Clara Bohm-Schuch, die uns in diesem Kampfe unterstützt haben. Mit welchem Erfolg lehrte die Reichstagswahl am 20. Februar 1921. Die Sozialdemokratische Partei brachte 42 000 Stimmen auf, die USP. 5800 und die KPD. ebenfalls 5800.

Auch bei dem sinnlosen Kommunistenputsch gelang es, trotz des vorhandenen guten Willens, den Linksradikalen nicht, den kleinsten Streik, die kleinste Störung zu inszenieren. Dank der Festigkeit und Geschlossenheit unserer Organisation.

Das gleiche erfreuliche Bild wie die ganze Organisation zeigen auch die einzelnen Zweige. Bei der Jugend, den Jungsozialisten, den Elternbeiräten, der Frauengruppe, dem Wohlfahrtsausschuß, sowie der Arbeitsgemeinschaft für sozialdemokratische Angestellte und Beamte überall reges Leben und das ernste Streben, in der Aufstiegsbewegung der Arbeitnehmerklasse positiv mitzuarbeiten.

Die Kassenverhältnisse vervollständigen das erfreuliche Bild. An den Bezirk wurden im Berichtsjahr 251 158 Mark abgeführt, und trotzdem konnte der Kassenbestand noch von 11 547 Mark im März des Jahres 1920 auf 43 228 Mark erhöht werden, bei einer Beitragsleistung von monatlich 2 Mark pro männliches und 1.50 Mark monatlich pro weibliches Mitglied. Die USP. erhebt einen monatlichen Beitrag von 3 Mark, ebenso wie die VKPD.

Können wir so auch mit dem verflossenen Jahre zufrieden sein, so wollen wir nun keineswegs auf den Lorbeeren ausruhen. Wir werden weiter arbeiten und rechnen dabei weiter auf die Mitarbeit der vielen stillen opferbereiten Genossinnen und Genossen, ohne die wir diese Geschlossenheit und Stärke nicht hätten erreichen können. Und wem die Größe und Geschlossenheit unserer Bewegung noch keine Achtung abnötigt, der sollte sie empfinden angesichts der selbstlosen, hingebenden Opferbereitschaft tausender und abertausender Anhänger, denen der Sozialismus in ihrem freudearmen Dasein alles geworden ist — Leitstern — Zuflucht und Lebensinhalt.

Der Sozialdemokratische Verein Hannover-Stadt steigerte trotz der am 1. Januar durchgeführten Beitragsverdoppelung im 1. Quartal 1921 seine Mitgliederzahl um 768, sodaß am 1. April 1921 22 001 vollzahlende Mitglieder zu verzeichnen sind gegen 15 189 am 1. April 1920.

Soziales.

Die Not der Saardeutschen.

Einige Zeitungen des Saargebiets bringen eine halbamtliche Mitteilung der Regierungskommission des Saargebiets, worin der Reichsregierung der Vorwurf gemacht wird, daß sie sich ihrer Verpflichtung zur Zahlung der Pensionen an die im Saargebiet wohnenden Pensionäre zu entziehen suche. Die Regierungskommission kündigt an, daß sie die vorschußweise Zahlung dieser Pensionen nur noch bis zum 1. Juli fortsetzen werde und der Reichsregierung die Verantwortung für das Weitere überlassen müsse.

Hierzu wird dem WTB. von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Annahme, die Pensionslast falle der Reichsregierung zu, nicht ganz richtig ist. Da der Regierungskommission des Saargebiets restlos alle Einkünfte aus dem Saargebiet zufließen, ist es selbstverständlich, daß sie auch an den Lasten teilnehmen muß. Die Pensionsfrage werde im Zusammenhang mit anderen Fragen finanzieller Natur geklärt werden müssen. Zu diesem Zweck habe die Reichsregierung die Regierungskommission des Saargebiets vor einiger Zeit zu Verhandlungen in Berlin eingeladen, ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben.

Immerhin ist es wünschenswert, daß den Pensionären im Saargebiet jede erdenkliche Unterstützung zuteil wird und daß sie nicht eines Tages auf der Straße sitzen, weil sich Reichsregierung und Saarregierung nicht einigen können. Vom juristischen Standpunkt aus kann man der Reichsregierung durchaus beipflichten, aber die Saardeutschen dürfen in dieser Kompetenzenfrage nicht die Leidtragenden sein und dürfen vor allem nicht dem Gefühl ausgesetzt werden, von Deutschland verlassen zu sein.

Das Reich als Arbeitgeber.

Zu unserm Artikel unter dieser Bezeichnung in Nr. 157 vom 5. April 1921 unseres Blattes schreibt uns das Reichsarbeitsministerium:

„Die Entlassung der Angestellten vom Versorgungsamt Elberfeld beruht auf einem Mißverständnis, das auf eine irrtümliche Auslegung einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums zurückzuführen ist.

Die Kündigung ist inzwischen durch eine Anweisung an das Versorgungsamt rückgängig gemacht worden."

Der Arbeitsmarkt in Südwest-Afrika.

Vom Arbeiterverband für Südwest-Afrika wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit macht sich hier in Süd-Afrika im allgemeinen und in Südwest im besonderen eine langsam aber sicher vorwärtsschreitende Krisis bemerkbar, deren Weiterentwicklung und Folgen noch unabsehbar sind, die aber zu ernsten Befürchtungen berechtigen. Nach vielen Bemühungen ist es dem Arbeiterverband für Südwest-Afrika gelungen, einigermaßen gute Lebensbedingungen zu erzielen, aber die bereits begonnene Krisis, das Einschränken der Diamantenförderung, welches viele Kollegen arbeitslos gemacht hat, und die Tatsache, daß auch die übrige Industrie brach liegt, so daß es kaum möglich ist, für die Stellungslosen hier Arbeit zu finden, veranlassen uns, vor einer unüberlegten Auswanderung nach hier zu warnen.

Auch in der Union sind in letzter Zeit verschiedene Diamantminen geschlossen oder eingeschränkt worden, und die Zahl der Arbeitslosen vermehrt sich von Tag zu Tag. In der Union ist es besonders schwer, einen Erwerb zu finden, da dort noch immer die sogenannten „Returned Soldiers", deren es viele gibt, begünstigt werden.

Wirtschaft

Zur Hebung der Bautätigkeit.

In der letzten Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats stand der Antrag Wissell zur Beratung, der in Anbetracht der schweren Bedrohung des deutschen Wirtschaftslebens durch die Sanktionen eine mit größter Beschleunigung betriebene großzügige Belebung des Baumarktes verlangt. Als Mittel der Finanzierung sieht der Antrag vor: Eine dem dringendsten Baubedarf entsprechende Heraufsetzung der Höchstmieten, deren Kapitalisierung durch eine grundschuldmäßige Erfassung des hierdurch entstehenden Wertzuwachses und Ausgabe von Pfandbriefen auf dieser Grundlage zur Deckung des verlorenen Bauaufwandes der Neubauten.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Krüger, erklärte, daß die Regierung dem Antrage zwar freundlich gegenüberstände, weil er Mittel zur Belebung der Bautätigkeit und Behebung der Erwerbslosennot schaffen wolle, daß aber die Durchführung äußerst schwierig sei und viel Zeit erfordern würde. Die Möglichkeit und der Erfolg der vorgeschlagenen Finanzoperationen müsse stark angezweifelt werden (wie alle Finanzoperationen, die gemeinwirtschaftlich sind; so will es die Regierung neuerdings. — Red.) Stadtrat Humar (München) führte aus, daß die Eintragung einer Hypothek weder an erster noch an letzter Stelle möglich sei. Die Aufnahme der Pfandbriefe durch den Kapitalmarkt werde durch die lange Tilgungszeit behindert; das Vertrauen zu ihnen werde auch durch eine Haftung des Reichs und der Gemeinden nicht erhöht werden. Dabei sei die Frage noch offen gelassen, ob die nötigen Summen (10 Milliarden pro Jahr) überhaupt untergebracht werden könnten. Der Ausschuß schloß sich, da in Anbetracht der Sanktionen sofort etwas geschehen soll, zunächst dem Antrage des Unterausschusses für Wohn- und Siedlungswesen einstimmig an, der die Reichsregierung ersucht, einen Betrag von weiteren drei Milliarden Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung zu stellen. Die Verzinsung und Tilgung dieser Reichsmittel soll durch die bereits beschlossene und nötigenfalls zu erhöhende Wohn- und Gebäudesteuer erreicht werden.

Ueber die Erledigung des Antrages Wissell wurde beschlossen: „Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats ersucht die Reichsregierung, den Antrag Wissell umgehend nach der wirtschaftlichen und finanziellen Seite hin zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Die in der Zwischenzeit mit aller Beschleunigung zu erledigenden Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot sind so zu gestalten, daß ihre Ueberleitung in eine gesetzliche Regelung durchgeführt werden kann, die, wie der Antrag Wissell es beabsichtigt, zu einer grundsätzlichen und dauernden Lösung der Bau- und Wohnungsfrage geeignet ist."

Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, „baldmöglichst einen Gesetzentwurf über die Belebung der Bautätigkeit vorzulegen, der seine besondere Aufmerksamkeit auch einer Regelung der Baustoffwirtschaft zuwendet." Die Baustoffe werden zurzeit im Reichsarbeitsministerium (Ziegel), Reichsernährungsministerium (Holz) und Reichswirtschaftsministerium (Zement, Kalk u. a. m.) bearbeitet.

Kohlenkonkurrenz zwischen England und Amerika.

Statistische Zahlen, die zeigen, bis zu welchem Grade der britische Kohlenexport von den Vereinigten Staaten aufgesogen wurde, geben auch eine gewisse Erklärung für die Arbeitslosigkeit in England, die nach den amtlichen Ziffern 1 800 000 voll Arbeitslose und dreiviertel Million Kurzarbeiter umfaßt.

1913 exportierte Britannien nach einer Gegenüberstellung der „Federated Preß" 58 730 050 Tonnen Kohle nach Europa, während der europäische Kohlenexport der Vereinigten Staaten nur 475 713 Tonnen betrug. In den ersten zehn Monaten 1920 waren die britischen Exportziffern 19 615 479 Tonnen und die amerikanischen 8 435 122 Tonnen. Während der letzten Monate herrscht das erstemal seit einer langen Reihe von Jahren in den Kohlengruben Britanniens ernste Arbeitslosigkeit, die ständig zunimmt und teilweise darauf zurückzuführen ist, daß Frankreich durch die deutsche Kohlenlieferung völlig unabhängig von der englischen Versorgung geworden ist.

Die Tatsache, daß die phantastischen Wiedergutmachungsforderungen den Interessen des britischen Handels und der Industrie gerade entgegengesetzt sind, stachelt die englische Geschäftswelt und Arbeiterschaft gleichermaßen gegen sie auf.

Ludwig Loewe A.-G. In der Sitzung des Aufsichtsrats der Ludwig Loewe u. Co. Aktiengesellschaft wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 24 Prozent gegen 18 Prozent im Vorjahr in Vorschlag zu bringen.

Holland gegen Schutzzoll. In der holländischen ersten Kammer hat der Finanzminister de Vries erklärt, daß die holländische Regierung auf dem Standpunkt stehe, schutzzöllnerische Maßnahmen lägen nicht im holländischen Interesse. Die Regierung hat die Frage durch zwei staatliche Kommissionen untersuchen lassen und außerdem den Rat für Arbeitslosigkeit und den Industrierat um ihr Urteil ersucht. Sämtliche Kollegien haben, wie der Finanzminister hervorhob, den Standpunkt vertreten, daß keinerlei schutzzöllnerische Maßnahmen getroffen werden sollten. Die Regierung hat sich dieser Meinung angeschlossen und gedenkt die Arbeitslosigkeit durch andere Maßnahmen zu bekämpfen.

Zur Vergebung russischer Konzessionen an das Ausland. Es ist ein besonderes Komitee gebildet worden, das einen allgemeinen Plan für die an das Ausland zu vergebenden Konzessionen sowie alle darauf bezüglichen Gesetze ausarbeiten und die Verhandlungen führen soll. Das Komitee soll auch die Durchführung der Verträge übermachen. Zum Vorsitzenden des Komitees ist das Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates Lomow ernannt worden.

Umgestaltung des russischen Genossenschaftswesens. Die russische Sowjetpresse veröffentlicht soeben ein Dekret des Rates der Volkskommissare, das grundsätzliche Bestimmungen über die Neugestaltung des Genossenschaftswesens enthält. Nach diesem Dekret sind bisher nebeneinander bestehende, oft sogar miteinander konkurrierende Organisationen zusammenzulegen und in Bezirkszentralen zusammenzufassen. Von diesen Bezirkszentralen sind örtliche Genossenschaften abzuzweigen. Die Genossenschaften erhalten die Berechtigung, alle landwirtschaftlichen Produkte zu kaufen und auszutauschen, auch gegen Erzeugnisse der Kleinfabrikation. Sie sind ferner berechtigt, Verträge abzuschließen mit Einzelerzeugern wie auch mit Produktionsgemeinschaften. Hingegen sind die Genossenschaften verpflichtet, die Verteilung aller vom Ernährungskommissariat verwalteten in- und ausländischen Produkte zu übernehmen. Das Moskauer Zentralexekutivkomitee behält sich das Recht vor, Vertreter in alle Genossenschaftsorganisationen zu entsenden.

Rückgang des Baumwollverbrauchs der Vereinigten Staaten. Der Baumwollverbrauch der Vereinigten Staaten für den Monat Februar belief sich laut F. P. S. auf 386 363 Ballen Rohbaumwolle und 33 399 Ballen gesinterte Baumwolle, gegenüber 515 599 bzw. 26 393 Ballen im Februar 1920. Die Lagerbestände sind gestiegen. Die Einfuhren und Ausfuhren sind zurückgegangen. Im Betrieb befanden sich im Berichtsmonat 32 458 528 Spindeln gegenüber 34 655 677 im Februar letzten Jahres.

Am 10. April entschlief nach langem schweren Leiden unser langjähriger treuer Mitarbeiter, der Faktor unserer Druckerei, Herr

Albert Julius Knopke

im Alter von 62 Jahren.

Der Verstorbene war 37 Jahre in unserem Betriebe ununterbrochen tätig. Selbstlos und mit unermüdlichem Eifer hat er mitgewirkt an der Entwicklung der Druckerei aus kleinen Anfängen heraus. Vertrauensvoll durften wir ihm die Leitung des Betriebes überlassen. Stets hat er sein ebenso reiches wie seltenes Wissen und Können in nieversagender, unermüdlicher Aufopferung in unsere Dienste gestellt.

Im Laufe der Jahre gestaltete sich sein Verhältnis zu uns zu einem mehr denn freundschaftlichem. Um so schmerzlicher empfinden wir heute seinen Verlust. Unser immerwährender Dank folgt ihm über das Grab hinaus!

Möge ihm nach einem arbeitsreichen Leben und leidvollem Ende die Erde leicht werden.

Berlin, den 12. April 1921.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt W. Röwer
Georg Röwer.

Allg. Deutscher Versicherungsverein a. G. in St[illegible]

Aufforderung an die Sektionsmitglieder zur Wahl der Sektionsausschüsse.

Die Wahl der Sektionsausschüsse, welche für die Dauer von sechs Jahren erfolgt,
beginnt am 10. April und schließt am 30. April 1921.

Für die Wahl sollen die vom Verein ausgegebenen Wahlzettel, welche die einschlägigen Bestimmungen der Satzung enthalten, benützt werden. Die Wahlzettel sind durch die Bezirksdirektionen und Generalagenturen sowie unmittelbar vom Verein zu beziehen. Sie müssen die Unterschrift des Wählers tragen und in einem Umschlag mit der Aufschrift „Wahlzettel" portofrei an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Allg. Deutschen Versicherungsvereins a. G. in Stuttgart eingesandt werden.

Die Einsendung der Wahlzettel muß bis zum 30. April erfolgt sein; später einlaufende Wahlzettel bleiben unberücksichtigt.

Stuttgart, den 8. April 1921.

Allgemeiner Deutscher Versicherungsverein a. G. in Stuttgart.
Der Generaldirektor: Dr. Georgii

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Donnerstag, den 14. April, abends 6½ Uhr, in den „Musiker-Festsälen", Kaiser-Wilhelm-Straße 31:
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten für die Delegiertenwahl zum Verbandstag. — 2. Fortsetzung der Generalversammlung vom 4. April 1921.
Der wichtigen Tagesordnung wegen darf kein Kollege in der Versammlung fehlen! — Mitgliedsbuch legitimiert.
137/17 **Die Ortsverwaltung.**

Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin.
Berichtigung.
Die Wahl zum Ausschuß der Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin findet nicht am Freitag, den 27. Mai 1921, sondern am Mittwoch, den 25. Mai 1921, zur festgesetzten Tageszeit statt. 186
Der Vorstand.
Jos. Hartmann, Vorsitzender. Heinrich Kunitz, Schriftführer.

Spezial-Arzt Dr. Jaffe für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden. Nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heilanst. „Löser" **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8. Sonntags 9-1. Damen separat.

Dr. med. Meyenberg u. Dr. Ritter G. m. b. H. Haut-, Harn-, Frauenleiden. Blutuntersuchung. Salvarsan. Neuartige vollkommene Behandlung nach 14 erl. D.-R.-Patent. Fäden im Urin, Verengung usw. Im eig. Verlage ersch.: Das Ende der Syphilis als Volkskrankheit. M. 10.—. Lebensglück der Frauen. M. 2.—. Prospekt kostenl. Sprechzeit 11—1 u. 5—7. Sonnt. 11—1. Damenzimmer. Potsdamer Str. 27b a. d. Potsd. Br.

Spezial-Arzt Dr. Scotti für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Syphilis — Salvarsankuren, Blutuntersuchungen. — Schnelle gründliche Behandlung, möglichst schmerzlos und ohne Berufsstörung. Damen separat. Im ältesten Kurinstitut „Löser", gegr. **Dir.: A. Löser sen.** 9—1, 4—8, Stg. 9—1. **Nur Rosenthalerstr. 69-70** Rosenthaler Platz.

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis behandelt ohne Berufsstörung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin N 5, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11.
Belehr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 1,— diskret in verschl. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Rein Aluminium ist das Beste!
3 gehauchte Schmortöpfe mit Deckel, ca. 3-5 Ltr., starke unbordierte Ware, zus. nur M. 125
1 Wasserkessel, 4 Ltr., fl. poliert M. 65
Diese 4 Teile zusammen M. 190 einschl. Porto u. Verp. Illustr. Preisliste gratis.
Aluminium-Versand R. BODE, Essen Werner-Straße 44

Gebr. Paßmann
Bettfedernfabrik
Essen-Ruhr II, Bischofstr. 36
Deutschlands größtes Spezialhaus in nur Bettfedern, Daunen u. Einschüttstoffen. Direkter Import aus Ungarn, Polen u. China waggonweise. Eigene Dämpferei u. Wäscherei mit elektrischem u. Dampfbetrieb. Gegründet 1884. Ueber 200 000 Kunden in über 5000 Orten Deutschlands.
— Verlangen Sie — Muster und Preisliste gratis. Jedes Bett wird nach Angabe besonders angefertigt.

Bettnässen! Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Vers.-San.-Artik. Og. Engelbrecht, München B. 69, Kapuzinerst. 9

Spezial-Arzt
Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Geschlechtsleid. b. Männ. u. Frauen, Blutunters. Invalidenstraße 48, Ecke Chausseestr. Statt. Bhf. Spr. wochentäglich 11-1. ½5-½7.

Homöopath. Institut
Haut-, Harn- u. Geschlechtsleid. Spez. veralt. Fälle bei schneller, sicher. u. schmerzlos. Behandlg., möglichst ohne Berufsstörung. **G. Schoof, Neue Königstr. 58,** am Alexanderplatz. Sprechz. 10-1, 4-8. Stgs. 10-12.

Von der Reise zurück 134/8
Professor M. Pintuß.

Möbel
jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung
Möbelhaus Andreasstr. 28 I.
Strengste Diskretion.

Rentengutsiedl. m. massiv. Wohnhaus sofort beziehbar, teils ab mit u. ohne Inventar, 11—18 Morgen. Anzahl. je nachdem 15—45000. Ausk. K. 12 Zeitungs-Zentrale (Z. Z.), Wartenbergstraße 1, Lichtenberg. 73/7a

Kupfer Messing Blei
Ankauf von Händlern, Fabrikanten u. Privaten
Nollendorfstr. 89

Spez.-Beh. nur für **Ischias**
(Hüft, Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tag. beseitigt, hier 6b unantastb. Heilerfolge best. u. Referenz. Invalidenstraße 106. von 10—2. **Jacoby**

Abessinier-Pumpen für Laubenkolonisten z. Selbstaufstell. Flitessauger. Garten-Spritzpumpen, Schläuche, billigste Bezugsqu. Gebr. Pumpen und Rohre vorrätig. **Robert Brien** Pumpenfabrik Berlin, Krautstr. 31a, 2 Minut. vom Schlesischen Bhf. entfernt

Die ungeheure Macht des Hypnotismus, d. pers. Magnetismus u. d. Heilmagnetismus. Leicht u. beste Methode, s. Einfluß auf and. auszuüb., d. Hypnotisieren zu erl., Glück u. Erfolg im Leben zu haben. — Unentb. f. jed. Mensch. Ueb. 100 000 Expl. verk. 120 Sen. Illustr. Pr. 6,50 M. u. 1,10 M. Pt. Gr. Bücherkat. gr. Albrecht Donat, Verl., Leipzig 42

Haemorrhoiden schwinden schnell und schmerzlos durch Myrobalanum, sich. bewährt. äußerliche Anwendung. M. 10,50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnst. 4.

Möbel
Billige **Küchen-Woche**
Auf Wunsch Teilzahlung
Stolzmann
Belle Alliancestr. 100

*Geschlechts*kranke finden, wenn alles andere versagte, nachweisbar noch Hilfe im Natura-Institut (ärztliche Leitung), Blücherplatz 3 (Hallesch. Tor). 10-1, 4-8. Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für 2,60 M. in verschlossenem Umschlage ohne Aufdruck. — Angabe des Leidens erforderlich.

Burroughs
Comptograph, Wales
Mercedes - Euklid
Brunsviga, Thales,
Tim, Unitas u. a. Syst.
liefert bekannt preiswert
„Cosmos"
Leipziger Str. 23
Zentr. 180 u. 419

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200 M., jetzt für 400—800 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig! Nach beendeter Saison 50% herabgesetzt: Kreuzfüchse, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfüchse. Keine Lombardw.

Aerztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulator. Behandlung

Modernes, erprobt. Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- und Lichtheilmethode, die

wissenschaftlich anerkannnte und glänzend bewährte „Künstliche Höhensonnen"-Behandlung

Röntgen-Behandlung und -Untersuchung. Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterkuren und Bäder, Sauerstoffkuren, homöopatische und mechano-therapeuthische Behandlung. — Nachweisbar gute und dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren u. äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden; Lähmungen, sowie Kinderlähmung, Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit usw.

Freiwillige briefliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten, die angeben, vor der Behandlung in unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg behandelt worden zu sein: 1. Frau M. Richter, Berlin-Moabit, Waldstr. 33, Lungenleiden, Blutarmut, Nervenschwäche geheilt. — 2. Herr Georg Heinrich, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 29 II. Lungenleiden geheilt. — 3. Frau Berta Dachow, Neukölln, Emser Straße 138. Von Bronchialasthma, nervöser Herzschwäche und Neurasthenie geheilt. — 4. Herr K. Ensle, Restaur., Charlottenburg, Huttenstraße 12, Chronischer Mittelohrkatarrh geheilt. — 5. Frau Käte Tschoepe, Bln.-Südende, Lichterfelder Str. 37. Von allgem. Nervenschwäche, Herzneurose und Unterleibsleiden geheilt. — 6. Frau M. Zafke, Berlin, Nollendorfstr. 40. Rheumatismus u. steife Schulter geheilt. — 7. Herr E. Ehrhardt, Gr.-Lichterfelde, Ringstraße 52a. Chronisches Hüftgelenkleiden wiederholt erfolgreich behandelt. — 8. Frau E. Hohdorff, Berlin, Kolberger Str. 28-29. Nerven- u. Knochenhautentzündung — vollständig gelähmt — geheilt. — 9. Herr F. Nayda, Berlin, Prinzenallee 72-73. Von Kopf- und Kreuzschmerzen, trockener Brustfellentzündung nach Influenza geheilt. — 10. Frau E. Herzmann, Schöneberg, Feurigstr. 61. Eiternde Fistel nach Blinddarmoperation geheilt. — 11. Herr E. Ritter, Friedenau, Sponholzstr. 56. Von Kniegelenkleiden geheilt. — 12. Frau A. Rohrmoser, Berlin, Breslauer Str. 1. Altes fünfzehnjähriges Herzleiden geheilt. — 13. Herr M. Aufmer, Reinickendorf-West, Antonienstr. 3. Kiefervereiterung geheilt. — 14. Frau H. Hagel, Sachsenhausen b. Oranienburg i. M. Unterl.-Blutungen und Nervenleiden geheilt. — 15. Frau Wwe. Fritschler, Berlin, Marienburger Straße 48. Darmgeschwulst geheilt. — 16. Frau des Herrn Inspektors O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magerviehhof. Von Geb.-Knickung geheilt. — 17. Herr Erich Bock, Berlin, Havelberger Straße 15. Von Nieren- und Blasenleiden, Wassersucht, allgemein. gross. Schwäche geheilt. — 18. Frau Restaur. Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Basedowscher Krankheit geheilt. — 19. Herr A. Brose, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 14. Schweres Rückenmarkleiden mit Lähmung der Beine vollständig geheilt. — 20. Frau E. Popp, Bln.-Lichtenberg, Gärtnerstr. 10. Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche u. Verstopfung geheilt. — 21. Herr A. Schlabitz, Berlin, Caprivistraße 24. Von Gesichtslupus geheilt; vorher mit Radium erfolglos behandelt. — 22. Herr A. Hellwig, Bln.-Borsigwalde, Ernststraße 25. Von Magengeschwulst, Verstopfung und Nervenschwäche geheilt. — 23. Herr Milchhändler Eckert, Berlin, Greifenhagener Str. 26. Von gichtisch-rheumatischen Schmerzen in Bein und Fußgelenk geheilt. — 24. Herr Gastwirt C. Michaelis, Charlottenburg, Wallstr. 87. Von chronischem Leberleiden und Gelbsucht geheilt. — 25. Frau M. Knorr, Berlin-Lichtenberg, Scharnweberstraße 62. Von Herzschwäche, Leber-Anschwellung und Magenkrebs geheilt. — 26. Sohn Paul des Weichenstellers Herrn Wilhelm Haffner, Berlin-Westend, Beamtenhaus. Von schwerem Beinleiden geheilt. Bein sollte abgenommen werden.

Briefliche Original-Anerkennungen von uns geheilter Patienten stehen im Wartezimmer der Anstalt auf Wunsch zur Einsicht.

Sprech- u. Behandlungszeit: 9—1, 4—7½, Sonn- u. Feiertags 9—1.

Prof. Dr. med. u. Dr. der Mechanotherapie

P. Mistelsky, Arzt

im Auslande approbiert, von der deutschen Regierung anerkannt

Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
am Bahnhof Jannowitzbrücke

Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung in der Heilanstalt

30jährige Praxis

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Die Fledermaus
6½ Uhr

Schauspielhaus
Der Sturm
7 Uhr

Deutsches Theater
8 Uhr: Woyzeck
Do. 7½: Russisch. Gastspiel: Elena Polewitzkaja Das Pantherweib

Kammerspiele
7½ Uhr: Der König der dunklen Kammer
Donnerstag 8 Uhr: Kräfte

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 Uhr: Kaufmann v. Venedig (8. Abteilung 4. Abend)
Do. 7: Kaufmann von Venedig (9. Abteilung 4. Abend)

Theater i. d. Königgrätzer Str.
7.30 Uhr: **Rugby**
Morgen: Rugby

Komödienhaus
Abends 7.30 Uhr: Die **Sache mit Lola**
mit Max Pallenberg

Berliner Theater
Bis Freitag geschlossen wegen Vorbereitungen zu der am Sonnabend stattfindenden Erstaufführung
Das Milliarden-Souper

Central-Theater
7½ Uhr: **Die Postmeisterin**
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Tosca**
mit Maria Labia a. G.
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Hoheit die Tänzerin**
Kl. Schauspielhaus
7½ Uhr: **Reigen**
Komische Oper
7½ U.: **Luderchen**
Lustspielhaus
7¼ Uhr: Arnold Rieck in Die spanische Fliege
Metropol-Theater
7 Uhr: **Die blaue Mazur**
Neues Operettentheat.
7½ Uhr: Fritz Werner
Der lachende Ehemann
Neues Volkstheater
7½ Uhr: **Jugendfreunde**
Schiller-Theat. Charl.
3 Uhr: Don Carlos
7½ Uhr: **Jettchen Gebert**
Thalia-Theater
7¼ Uhr: **Mascottchen**
Th. am Nollendorfplatz
3¾ Uhr: Minna v. Barnhelm
7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**
Theater des Westens
7¼ Uhr: **Schwalbenhochzeit**
Th. i. d. Kommandantenstr.
7½ Uhr **Der verjüngte Adolar**
Wallner-Theater
7¼ Uhr **Die Tanzgräfin**
Walhalla-Theater
7½ Uhr **Fledermaus**
Otto Storm a. G.

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das Privileg
Paul Wegener, Lucie Höflich, Ilka Grüning, N. Edgar Licho.
Stg. 3/4: Lady Winderm. Fächer

Trianon-Theater
7½ Uhr:
ROSEN
von Hermann Sudermann.
Olga Limburg, Karola Toelle, Käte Haack, Herm. Vallentin, Jul. Falkenstein, Heinr. Schroth, Wilh. Bendow

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn
Eugen Burg, Mady Christians, Hans Albers, Rich. Eivenack

Rose-Theater
7½ Uhr:
Tal des Lebens

WINTERGARTEN
Otto
Reutter
sowie der
große April-Spielplan!
Rauchen gestattet!

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
2½ U.: Vorstellg. d. Klass. Th. **Das Postamt**
Die Komödie der Irrungen
7 Uhr **Kapitän Braßbounds Bekehrung**

Lessing-Theater
7½ Uhr: **Flamme**
(Dorsch, Hartmann, Klein-Rogge, Walther)
Donnerstag 7, zum 1. Male:
Von Morgens b. Mitternachts
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt
Sonnabend und Sonntag 7½: Von Morgens bis Mitternachts
Montag 7½: Ein idealer Gatte

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Marquise v. Arcis
(Konstantin, Veidt)

APOLLO THEATER
7½ Uhr Jeden Abend 7½
10 neue Auslands-Sensationen
sowie Gastsp. Erich
Kaiser-Titz
Erra Bognar
i. d. Sensationsketsch
„Das rote Signal"
Sommer-Preise

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 7½
Wieder ein neuer Schlager!
Bollrich & Sohn
Volksstück in 3 Aufzügen
Berlin. Humor: Berlin. Typen
Einzig in Groß-Berlin
Stg. 3½: Bruder Balthasar

Folies Caprice 7½ U.
a. Oranienb. Tor. Tel. Nd. 8650
Neues Programm:
Der keusche Josef
Sein Modell
Am Badestrand
mit Ferd. Grünecker
Vorverkauf 11–2 u. ab 6 Uhr

[Sc]hall u. Rauch
im Groß. Schauspielhaus
Tägl. 7 Uhr:
das große Programm!
Paul Nickelthier
Resi Langer
Gabrun
und
Die kleinen Preise!
Bier
Varieté
Kabarett
Preise d. Plätze 4.60, 7.10, 8.70
Stammplatte 12 Mk.
Ab 10 Uhr:
TANZ
Kahlbaum-Bar

Zirkus Busch
Sarrasani
Tägl. 7 Uhr, Sonntag auch 3 Uhr. Neue Attraktionen. Zirkuspantomime **Prärie und Pußta.** Nur noch 2 Wochen! Vorverkauf: Zirkuskasse und Tietz.

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 160 77.

Tägl 7½ u. zu halben Preisen Sonntag nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Hervorragendes
April-Jubiläums-Programm!
u. a.: zwei lustige Einakter „Ein Tag in Posemuckel" und „Eduard der Tugendhafte".

Park-Restaurant Südende
Südring 1224
Tanz-Abende
täglich
außer Montag

Das
Milliarden-Souper
wird am Sonnabend, den 16. April, zum ersten Male im Berliner Theater öffentlich serviert.
New York-Berlin, im April 1921.

Theater des Westens
Letzte Vorstellungen!
Schwalbenhochzeit
Operette von Bordes-Milo. Musik von Léon Jessel.
— Ausschneiden! —
Vergünstigungsschein für Abonnenten des „Vorwärts"
½ Ermäßigung des Kassenpreises. Gültig bis 20. April für 1–6 Personen. (Sonntags 2 Mark mehr.)

Admiralspalast
7½ **Die roten Schuhe**

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballsaal TANZ

Parzellen in Eggersdorf bei Strausberg zu verkaufen.
Eggersdorfer Mühle,
Telephon: Strausberg 57.

Reichshall.-Theater

abends 7½ Uhr und Sonntags nachm. 3 Uhr
Stett. Sänger

METROPOL

Behrenstraße 54
Präzise 7¼ Uhr
12 Schlager.

Varieté-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 53/54
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

PHILHARMONIE.
Letzt. Wagner-Abend
des Philharm. Orchesters
Dirig. Prof. R. Hagel
Anfang 8 Uhr Eintritt 3 M.

Heute zum ersten Male, nur kurze Zeit
Persönlich. Auftreten
GUNNAR TOLNAES
im Sketch:
„Gunnar Tolnaes in Berlin"
Mitwirkende:
Dora Hrach, Albert Paulig u. a.
Außerdem
Das Internationale Varieté-Programm
in der
7³⁰ **SCALA** 7³⁰
LUTHERSTRASSE
Vorverkauf a. d. Kasse von 10–2 Uhr sowie A. Wertheim u. Invalidendank.

Letzter Monat „Tanzgräfin"
Da das Wallner-Theater für die Sommermonate verpachtet ist, finden nur noch wenige Vorstellungen der Operette
„Tanzgräfin"
in der Premierenbesetzung statt mit Mizi Günther, Oscar Sabo, Carl Beckersachs, Pepi Zampa, Alfred Läutner.

Union-Klub, Berlin
Annahme für Vorwetten
für Rennen in Berlin und im Reiche
in der Zentrale Schadowstr. 8 u. sämtlichen Filialen Groß-Berlin
Annahmeschluß:
Für Berliner Rennen 2 Stunden vor Beginn des ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag.
Postsendungen u. Anträge auf Errichtung von Konten werden **nur Schadowstraße 8** angenommen.
Wettbedingungen sind in den Wettannahmestellen erhältlich.

Gestempelte Trauringe
Achtung! Ausschneiden!
Von weit und breit kommen die Paare zu Richard Bonneck, um sich zu verloben.
Deutschlands größtes Spezial-Geschäft für Trauringe.

1 Ring Dukat 0,900 gest. v. 145 M. an
1 „ 1½ „ 0,900 „ Stck. 303 M.
1 „ 2 „ 0,900 „ „ 406 M.
1 „ 0,585 gest. von 100 bis 210 M. je nach Gewicht.
1 „ 0,333 gest. v. 38,50 bis 120 M. je nach Gewicht.
Alles fix und fertig zum Mitnehmen.
Sämtliche Preise inkl. Luxussteuer.
Versand nach außerhalb.
Riesenauswahl aller in d. Uhren- u. Juwelenbranche vorkommenden Waren.
Stets Gelegenheitskäufe in Brillanten.
Diese Ringe Ornament Rose u. Myrthe sowie mit Inschrift „Du bist mein", „Mit Willen dein Eigen" in 0,585 Gold von 240 M. an.
Alle Weiten stets vorr.
RICHARD BONNECK
Hauptgeschäft: Berlin N, Schönhauser Allee 45 (Hochbahn: Danziger Straße), Tel.: Humb. 1344.
Filiale: NO, Landsberger Allee 41, Ecke Petersburger Straße. Tel.: Alex. 4390.
Telegramm-Adresse: Goldonkel, Berlin.
Ankauf v. Gold u. Juwelen. Fahrr. w. vergütet.
Reichsbank-Giro-Konto.

DAS GUTE
Edelweiß-Seifenpulver
„ÜBERALL ZU HABEN."
J. L. KAHN, N.O. 18

„Meine Frau war über 30 Jahre m. einer häßlichen
Flechte
behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Durch **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** wurden die Flechten in 8 Wochen beseitigt. Diese Seife ist Tausende wert. E. W." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Vorwärtsstrebende und Erfinder
Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufklärung und Anregung gebende Broschüre: **Ein neuer Geist?** sendet gratis
F. Erdmann & Co.,
Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Streng reelle Tagespreise. Keine irreführenden Preis-Angaben
Ankauf von
Brillanten
Juwelen
bis zu den größt. Objekten
Gold-Bruch
Barren, Ringe, Ketten, Zahngold, Medaillen
Platin-Bruch
Brennspitzen, Zahnstifte, Draht, Blech, Tiegel, Schalen, Kontakte usw.
Silber-Bruch
Bestecke, Schalen, Becher, Service, Medaillen, Blech, Draht, Anoden-Kornsilber
Zahngebisse
Kautschuk, Gold, Platin, zerbrochene Gebisse, einzelne Zähne
Quecksilber
Edelmetall-Großhandlg.
Heinrich Trapp
Beuthstr. 10, Laden
am Spittelmarkt

Brillanten Juwelen kauft
auch große Posten zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantschleiferei
160 Friedrichstr. 160
Gegr. 1892

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte). — Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfennig. — Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstrasse Nr. 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

Verkäufe

Elegante Ulster und Anzüge. Einzelne Modelle aus Reisekollektionen verkaufe ich an Private. Vollster Ersatz für feinste Maßarbeit, streng moderne Verarbeitung, erstklassige Stoffe. Preislage 500–900 Mark. Besichtigung unverbindlich. Theodor Reinhold, Engros, Berlin, Dirksenstraße 38, 1. Etage, direkt am Bahnhof Alexanderplatz.

Nähmaschinen, Teilzahlung. Hahn, Prenzlauerstraße 30.

Billige Bettwäsche! Großer Posten angestaubter Reisemuster. Deckbett 45.—, Kissen 18.—, Laken 24.—, Inletts 118.—, Wäschestoffe, Handtücher Fabrikpreise. Bettwäschefabrik, Puttkamerstr. 1, Ecke Wilhelmstraße. 165R

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85, Rotfüchse 75 M. an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen. Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauerstraße 7. 172R*

Bettwäsche, staunend billige Preise. Angestaubte Reisemuster unter Selbstkostenpreis. Deckbettbezug 45.—, Kissen 13.—, Laken 25.—, Inletts 110.—, Wäschestoffe, Handtücher. Wäschefabrik. Engrosabteilung. Gräfestraße neunundvierzig (Hasenheide). Fahrtvergütung. 164R

Gegen Ratenzahlung. Verkaufe Damenwäsche, Kostüme, Steppdecken, Diwandecken, nur prima Qualitäten, zu allerbilligsten Preisen. Max Josephsohn, An der Spandauerbrücke 9 III, Bahnhof Börse. Kein Laden. 98/15*

Gaskronen, Zuglampen, Wandarme, Gaskocher räumungshalber allerbilligst. Schrödter, Hochstraße 33.

Leihhaus Schöneberg, Hauptstraße 1, gegenüber Bahnhof, beleiht höchstlohnend alles. Sie's Verkauf von Wertsachen. Stephan ...
Richard Scheelmann. 161R*

Raulino Tabak
einmal versucht — immer verlangt.

— Für kurze Pfeife —

Schäg, roter	Streifen	50 gr	Mk. 2.50
„ lila	„	50 „	„ 2.75
„ grüner	„	50 „	„ 3.—
Raulinohaus beste Sorte in Blechdose		50 „	„ 12.—

Zu haben in den Zigarren-Geschäften.

Fabrikniederlage für Groß-Berlin: **Max Ziegenhals, Berlin C2, Poststr. 12**
Fernsprecher: Zentrum 8790 und 2977.

Hauptvertretung für den Großhandel: **Leo Hirschberg & Co., Frankfurt a. M.**
Fernsprecher: Hansa 1798, Hansa 3148.

71/1*

Dasdorf-Wandlitz. Acker und Wald, Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Hülsen, Steglitz, Blomvillestraße 12. Fernsprecher 2894. 147R

Möbel

Echt Mahagoni! Büfett, Kredenz, 4-Zugtisch, Serviertisch, Umbau, Trumeau mit Stufe, Ankleideschränke, Waschkommoden, Bettstellen, Nachtspinde, außerordentlich preiswert zum Einzelverkauf! Besichtigung lohnend! Berliner Möbelhaus, nur Südosten, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbuser Tor. 133R*

Metallbetten 225, Chaiselongues 125, Kinderbettstellen, weiße Schlafzimmer, Meike, Anguststr. 36a, Quergebäude.

Möbel! Schlafzimmer, Küchen. Teilzahlung. Hormuth, Tischlermeister, Annenstr. 34.

Bevor Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie zwanglos meine Spezialfabrik-Niederlage moderner Schlafzimmer-Einrichtungen. Sie finden jede Größe und Ausführung in reicher Auswahl zu denkbar billigsten Preisen. Gekauftes kann beliebige Zeit lagern. Schlafzimmer-Spezialfabrik Hans Henkel, Burgstraße 27, Bureauhaus Börse.

Staunenswert billig! Stube und Küche, Bettstellen, Trumeaux. Erstklassige Verarbeitung. Wegen großen Lagers solchen Käufern Zahlungserleichterung zu Kassapreisen mit reeller Zinsberechnung. Tischlerei Rejewski, Badstraße 66. 136R

Sofaumbau, 650.—, Chaiselongues 200.— bis 575.—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 120.—. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Musikinstrumente

Pianos, prächtige, Teilzahlung gestattet. Sachse, Oranienburgerstr. 42. 147R*

„**Adam's**" größtes Spezialhaus für gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums Bechstein, Blüthner und andere erste Firmen. Eigene Werkstatt, freie Lieferung. Adam, Münzstr. 16, Unter den Linden 17/18.

Billige Pianos, Klaviertechnische Werkstatt, Möckernstraße 85, nur Gelegenheitskäufe.

Kaufgesuche

Kugellager, neu, rostfrei, kauft jeden Posten P. Schulze, Wilhelmstr. 14, Moabit 648.*

Fahrradankauf, Lindenstraße 19. 149R*

Leinenkragen verkleinert Born, Reichenbergerstraße 7.

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse. Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 330.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft. Erfahrene Hebamme. Giebe, Martin-Luther-Straße 8, Ecke Hohenstaufenstraße. 148R

Liebevolle Auskunft, Untersuchung. Privataufnahme. Hebammenschwester Seibel, Kommandantenstr. 45. 144R*

Erfinder, Patentbureau Pochhor, Gertraudtenstraße 15, Zentrum 7600. 75R*

Vertrauensvolle Auskunft gewissenhafte Behandlung. Frau Jande, ärztl. geprüft, Glogauerstraße 22, Seitenflügel part. (Görlitzer Bahnhof). Auch Sonntags. 128R

Vertrauensvolle Auskunft. Arzt zur Stelle. Hebamme Owin, Neue Königstr. 57 (Alexanderplatz). 102R

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Zahnradfräser, Zahnradhobler, Maschinenschlosser und Eisendreher stellen sofort direkt ein Stolzenberg & Co., Zahnräderfabrik, Reinickendorf-West, Waldstraße. (Straßenbahn 28.)

Botenfrauen stellt ein Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Akt.-Ges. Jerusalemerstr. 58, Steglitzerstr. 37, Ackerstr. 174, Prinzenstr. 51, Lübeckerstr. 11, Barwaldstr. 42, Charlottenburg, Tauroggenerstr. 11, Gesenheimerstr. 1, Kaiserdamm 101. 42R

Die Bergleute lehnen ab!

London, 12. April. (TU.) Der „Daily Herald" meldet, daß in der Konferenz von gestern abend im Handelsministerium zunächst Sir Williams im Namen der Bergwerksbesitzer erklärte, daß der Tarif, der den Bergleuten zum 1. April angeboten worden sei, das Höchstangebot darstelle, das die Bergwerksbesitzer augenblicklich machen könnten. Im Namen der Bergleute gab sodann Hodge bekannt, daß die Bergleute einen einheitlichen Tarif für das ganze Land und eine Gewinnbeteiligung verlangen. Wenn diese beiden Prinzipien anerkannt werden, sind die Bergleute bereit, über eine Herabsetzung der gegenwärtigen Löhne zu verhandeln.

London, 12. April. (Reuter.) Obwohl der Streik aufgeschoben ist, wird amtlich bekanntgegeben, daß die Bergleute die Vorschläge der Regierung abgelehnt haben. Die Führer der Bergleute erklärten, man sei von einer Beilegung der Streitigkeiten noch weit entfernt.

London, 12. April. (EP.) Amtlich wurde im Unterhause mitgeteilt, daß nach den letzten Berichten 40 Gruben bereits unter Wasser stehen.

London, 12. April. (WTB.) Der Arbeiterdreibund veröffentlicht eine Kundgebung, in der es heißt:

Wen den Bergarbeitern nicht ein Angebot gemacht wird, dessen Annahme ihre Verbündeten im Arbeiterdreibund ihnen anempfehlen können, wird die Einstellung der Arbeit der Eisenbahner- und Transportarbeiter beginnen. Die Verantwortung der Regierung für die augenblickliche Lage sei sogar größer als die der Bergwerksbesitzer. Der Premierminister habe die organisierte Arbeiterschaft angeklagt, daß sie das Leben der Nation bedrohe. Wenn das Leben der Nation bedroht sei, so sei es das nicht durch die Arbeiterschaft, sondern durch Lloyd George und durch die Regierung, deren Haupt er sei. Die Arbeiterschaft werde zu der Auffassung gebracht, daß die augenblickliche Regierung kein unparteiischer Schiedsrichter in industriellen Verhandlungen sei, sondern ein aktiver und geheimer Parteigänger, und daß sie, während sie vom Frieden rede, durch ihr Verhalten zum Krieg ermutige. Außer der Einberufung der Reserven habe die Regierung noch eine freiwillige Streitkraft gebildet als Werkzeug, das gegen die organisierte Arbeiterschaft angewandt werden solle. Dadurch habe sie eine ernste Verantwortung auf sich genommen, Blutvergießen und Bürgerkrieg herauszufordern.

Die Kundgebung schließt: Im Hinblick auf die Umstände der augenblicklichen Krise und auf die deutlich berechnete und dauernde Feindlichkeit der Regierung gegen die Arbeiterklasse, die durch diese Tatsachen bewiesen werde, hat der Arbeiterdreibund, der noch immer einen gerechten Frieden wünscht, beschlossen, sein ganzes Gewicht auf seiten der Bergarbeiter zu werfen.

London, 12. April. (EP.) Trotz der Einigungsbestrebungen beginnt London allmählich auszusehen, als ob ein großer Krieg im Anzuge wäre. Viele Abteilungen Matrosen, Marinesoldaten und Kavallerie sind in den öffentlichen Parks untergebracht, ebenso Lebensmittel, Munition und Maschinengewehre.

Britische Abrüstung.

London, 12. April. (WTB.) Ein Nachtragsetat fordert eine Vermehrung der Mannschaften um 300 000 Mann für das Heer und 10 000 Mann für die Luftstreitkräfte. Dadurch wird die Heeresstärke auf 641 000 Mann erhöht.

Kahr über den Selbstschutz.

München, 12. April. (WTB.) In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtages stand die Einwohnerwehrfrage zur Beratung. Im Verlaufe der Sitzung bemerkte Ministerpräsident Dr. v. Kahr zu dem Standpunkt, den die Staatsregierung heute in der Einwohnerwehrfrage einnimmt, u. a. folgendes:

Grundlegend ist: der bewaffnete Selbstschutz ist und bleibt eine vorübergehende Hilfseinrichtung polizeilichen Charakters. Solche Einrichtungen sind auch anderwärts, z. B. in England, Amerika und Italien, nicht unbekannt. In dem Maß, als der Staat nach und nach erstarkt, wird das Bedürfnis nach bewaffnetem Selbstschutz aufhören und damit die Einwohnerwehr von selbst wieder verschwinden. Das ist die natürliche Lösung der Entwaffnungsfrage, der unsere Gegner, weil sie Wesen und Ziel unserer Einwohnerwehr verkennen, leider immer noch eine Bedeutung beimessen, die ihr wirklich gar nicht zukommt. Die Einwohnerwehr ist lediglich ein Instrument für den Schutz im Innern und kann nach ihrer Zusammensetzung und Einrichtung gar nichts anderes sein und werden. Darüber besteht zwischen der Regierung und den Einwohnerwehrleuten und ihren Führern völlige Uebereinstimmung, was ich mit allem Nachdruck betonen möchte. Ohne die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung in Deutschland ist jede befriedigende Lösung des Reparationsproblems unmöglich.

Der Ministerpräsident erinnerte sodann an die Forderungen des Pariser Diktats vom 29. Januar, an deren Ausführung hinsichtlich der Entwaffnung die Reichsregierung trotz des Abbruches der Londoner Verhandlungen glaubte herangehen zu sollen, und wies dabei auf die bekannte Note hin, die Vizekanzler Heinze am 13. März der bayerischen Regierung persönlich überbrachte. Das darin enthaltene Verlangen nach einer positiven Mitwirkung bei der Durchführung der Entwaffnung ging über die Note der bayerischen Regierung vom 6. Februar hinaus, in der sie den Standpunkt vertrat, daß es unrichtig sei, die Entwaffnungsfrage von der Reparationsfrage zu trennen.

Die Forderung, gegenwärtig an der Entwaffnung der Einwohnerwehren positiv mitzuwirken, stellt die Staatsregierung notwendigerweise vor die Vorfrage: Ist heute bereits die Zeit für die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen und kann sie ohne Gefahr für die öffentliche Sicherheit und den Bestand des Staates so, wie die Entente es verlangt, heute durchgeführt werden? Die kommunistisch-bolschewistische Gefahr ist fast von Tag zu Tag gewachsen und in den letzten Wochen in einer für die ganze Welt so offensichtlichen Weise zutage getreten, daß das bisher behauptete „Unmöglich" durch die Tatsachen nun vor der ganzen Welt erwiesen wurde. Die Ereignisse haben unweigerlich gezeigt, daß es sich bei der Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland um eine von langer Hand und mit fremder Unterstützung groß angelegte Aktion mit dem Ziele des Staatsumsturzes gehandelt hat. Die unmittelbare Gefahr mag momentan beseitigt sein, latent dauert sie fort, die kommunistische Agitation.

Wir wissen, daß das Vorhandensein der bewaffneten Einwohnerwehr in den letzten Wochen ganz zweifellos eine stark abwehrende Wirkung ausgeübt hat. Wir wissen nicht, und niemand kann wissen, wie es gegangen wäre, wenn wir die bewaffnete Einwohnerwehr nicht mehr gehabt hätten, wir wissen aber bestimmt, daß dann die Situation einer kommunistisch-bolschewistischen Aktion wesentlich leichter gewesen wäre, und daß, wenn es zu einer solchen Aktion auch in Bayern gekommen wäre, dies die Lage auch außerhalb Bayerns wesentlich erschwert hätte.

*

Es war zu erwarten, daß Herr v. Kahr die unbezahlbaren Dienste, die ihm die Zentrale der VKPD. geleistet hat, sich zunutze machen würde. Aber seine Beweisführung bleibt trotzdem windschief, denn daß die Kommunisten in absehbarer Zeit einen neuen Vorstoß machen würden, zu dessen Abwehr die Einwohnerwehren nötig wären, wird ihm kein Mensch glauben.

In der Presse der bayerischen Regierungskoalition hat sich jüngst ein fühlbarer Wind als Kritik erhoben. So tadelte die „Münchener Zeitung" die Haltung Bayerns in der Angelegenheit der Mission des Vizekanzlers Heinze und schrieb, man müsse in diesem Falle unumwunden heraussagen, daß in der Behandlung der Angelegenheit Heinze schwere Fehler begangen wurden. Auch die „Augsburger Postzeitung", das führende Organ der bayerischen Volkspartei, tadelte gewisse „unterirdische Strömungen", die die Politik des bayerischen Ministerpräsidenten nach der deutschnationalen Richtung hin zu beeinflussen suchten. Die bayerischen Demokraten nahmen in den letzten Tagen eine kritische Stellung ein und wandten sich besonders gegen gewisse Beamte in Ministerien, die an einzelne Blätter Sonderveröffentlichungen und Sensationsnachrichten ausgäben. Es fehle in der Regierung an der Regie.

Solche Stimmen aus Bayern sind immerhin etwas Neues, dieweil Herr v. Kahr sein altes Sprüchlein immer wieder von neuem herunterbetet.

Hugenbergs Pressejoch.

Wie das Großkapital Pressunternehmungen expropriiert.

Der bisherige Herausgeber der Korrespondenz Dammert, Dr. R. Dammert, gibt uns in einem Schreiben eine ausführliche Darstellung, wie ihm sein Unternehmen vom Kapital der Schwerindustrie aus der Hand gewunden wurde. Die geschilderten Vorgänge sind so charakteristisch für die Methoden, mit denen die schwerindustriellen Gewaltmenschen sich der öffentlichen Meinung bemächtigen, daß wir hier das wichtigste wiedergeben möchten. Herr Dr. Dammert schreibt:

Es ist richtig, daß ich meine Geschäftsanteile an der Dammert-Verlag G. m. b. H. an den der TU. gehörigen Patria-Verlag abgetreten habe. Es geschah das aber nicht freiwillig, sondern **unter dem stärksten Druck ganz gegen meinen Willen.** Mein Mitgesellschafter, auf dessen Veranlassung ich den Verlag erweitert hatte, kündigte mir plötzlich an, daß er seine Anteile **an den Abgeordneten Hugenberg verkaufen werde.** Sollte ich meine Zustimmung versagen, **so verweigere er dem Verlag sofort weiteres Betriebskapital und zwinge mich, Konkurs anzumelden.** Unter dem Drucke dieser nach vorangegangenen gegenteiligen Zusicherungen für mich völlig unerwarteten Stellungnahme sah ich mich gezwungen, meinen Besitzanteil (von 40 Proz.) an meinem Verlag **ohne Entschädigung abzugeben und meine leitende Stellung den Vertrauensleuten des Herrn Hugenberg zu überlassen.** Es war darüber eine Vereinbarung zwischen meinem Mitgesellschafter und dem den Verkauf vermittelnden deutschnationalen Abgeordneten Hugenberg ohne mein Wissen erzielt worden. Die plötzliche Weigerung meines Mitgesellschafters, der Dammert-Verlag G. m. b. H. weitere Betriebszuschüsse zur Verfügung zu stellen, wurde erst ausgesprochen, **als die Verkaufsverhandlungen mit Herrn Hugenberg vor dem Abschluß standen,** um auf diese Weise meinen heftigen Widerstand gegen den Uebergang meines Verlages an diese Finanzgruppe **zu brechen.**

Der Mitgesellschafter, der in so feiner Weise seinen Teilhaber verkaufte, war der schon vielfach genannte Geheimrat Strauß, Mitinhaber der Firma Otto Wolff. Er hatte **aus zweiter Hand Geschäftsanteile des Dammert-Verlages erworben** und Dr. Dammert ging trotz ursprünglicher Bedenken diese Verbindung ein, weil der Mittelsmann behauptet hatte, daß eine große internationale Telegraphenagentur geschaffen werden solle, für die mehrere Millionen Mark bereit stünden, und für die der Verlag Dammert die Grundlage bilden solle. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Schritt des Herrn Dr. Dammert zu rechtfertigen, aber eines ergibt er mit klarster Deutlichkeit: Wer im Zeitungsgewerbe sich einmal mit dem Kapital einläßt, wird von diesem wie jede beliebige Ware weiterverschachert. Wohl hat sich der Wolff-Konzern im Lammfell Herrn Dr. Dammert genähert, aber er hat es nur getragen, solange es zur Täuschung des hinter seinem Rücken Verkauften nötig war.

Von Interesse ist noch das Schalten der neuen Machthaber in der bis dahin bürgerlich-unabhängigen Korrespondenz. Dr. Dammert schreibt darüber:

Den meisten Zeitungen wird es ja selbst nicht entgangen sein, welche Tendenzen bei der TU. herangetreten sind, seitdem sie in die Hände des Rechtsanwalts Dr. Cremer und des Korvettenkapitäns von Falkenried übergegangen ist. Inwieweit der Behauptung des Herrn Dr. Cremer, daß die Dammert-Verlag G. m. b. H. unverändert weitergeführt werden soll, Vertrauen geschenkt werden kann, dürfte sich schon aus der Mitteilung ergeben, die unmittelbar nach der Uebernahme des Verlages von Herrn Dr. Cremer und Korvettenkapitän v. Falkenried den Leitern des Nachrichtendienstes Herrn Bannasch und Herrn Gesell gemacht worden ist. Es wurde ihnen eröffnet, daß sie den **Anweisungen der Direktion über Nichtverwendung gewisser Nachrichten unbedingt Folge zu leisten hätten,** und erwähnt, daß bei Nichtbefolgung die verantwortlichen Leiter des Nachrichtendienstes **„an die Hammelbeine genommen"** würden. Es wurde bezeichnenderweise erklärt, daß derartige Anweisungen der Direktion grundsätzlich nicht schriftlich, sondern nur mündlich gegeben würden, und als Beispiel das Verbot **gewisser Nachrichten aus der Montanindustrie** angeführt. Herr Bannasch hat daraufhin sein Ausscheiden mitgeteilt.

Herr Dr. Dammert kündet schließlich an, daß in dem Prozeß wegen unlauteren Wettbewerbs, der sich zwischen ihm und den neuen Inhabern des Verlages entsponnen hat, er einen umfangreichen Beweis antreten werde über die Zusammenhänge zwischen dem literarischen Konzern der TU. und den politischen und wirtschaftlichen Sonderinteressen der Schwerindustrie. Er will sowohl die bekannten Finanzleute des Ruhrbezirks als auch ihre journalistischen Manager unter Eid stellen. Das wird voraussichtlich interessant werden.

Die Beerdigung der ehemaligen Kaiserin ist von Sonnabend auf Dienstag verschoben worden.

Tirol und wir. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet Sonntag, den 17. April, 11 Uhr vorm., in den Kammerlichtspielen Potsdamerplatz eine öffentliche Kundgebung, um den Willen der Deutschösterreicher zu bekunden, daß ihr Heimatland mit dem Deutschen Reiche vereinigt werde, vor allem aber, um der am 24. April bevorstehenden Volksabstimmung in Tirol eine Volkskundgebung aus der deutschen Reichshauptstadt entgegenzubringen. Hervorragende Persönlichkeiten, unter ihnen Universitätsprofessor Penck, werden sprechen. Die Berliner Liedertafel hat ihre Mitwirkung zugesagt. Filmaufnahmen aus der herrlichen Gebirgswelt Tirols werden vorgeführt. Eintritt frei.

Rücktritt des sächsischen Justizministers.

Wie die TU. aus Dresden berichtet, ist der sächsische Justizminister Genosse Dr. Harnisch zurückgetreten.

Wenn die TU. hinzufügt, der Rücktritt des Justizministers dürfte nicht ohne Rückwirkung auf das gesamte Kabinett bleiben, so ist hier wohl der Wunsch, die verhaßte sozialistische Regierung Sachsens zu beseitigen, des Gedankens Vater.

Regierungsbildung in Mecklenburg.

Schwerin, 12 April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Nachdem am Sonnabend, wie bereits gemeldet, Genosse Stelling zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, erfolgte am Dienstag die Wahl der übrigen Minister, der langwierige Verhandlungen vorausgegangen waren. Gewählt wurden mit 47 von 67 Stimmen der Sozialdemokrat Genosse Petersson (Finanzen), der Demokrat Brückner (Justiz) und der Volksparteiler Reincke-Bloch (Unterricht). 15 Stimmzettel waren weiß, der Rest der Stimmen zersplittert. Die Wahl des Landwirtschaftsministers wurde vertagt.

Die „Rote Fahne" erneut beschlagnahmt.

Am Dienstag vormittag ist das Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, die Berliner „Rote Fahne" erneut beschlagnahmt worden. Den Anlaß zu dieser Maßregel bot ein Artikel mit der Ueberschrift „Die Henkerjustiz", der sich auf das Wirken der Ausnahmegerichte bezieht. Gleichzeitig mit der Beschlagnahme wurden Teile aus der Rotationsmaschine herausgenommen, um das Wiedererscheinen der „Roten Fahne" zu verhindern.

Wie wir erfahren, geht die Beschlagnahme von der Staatsanwaltschaft aus, die auch für die Art des Vorgehens, insbesondere für die Herausnahme der Maschinenteile, die rechtliche Verantwortung trägt. Die Polizei ist in diesem Falle nur ausführendes Organ der Staatsanwaltschaft, sie selbst ist zu der Beschlagnahme nicht berechtigt und hat sie auch nicht veranlaßt.

Wir unsererseits haben starke Zweifel, ob sich eine Unbrauchbarmachung der Maschinen rechtlich begründen läßt. Es wird hier ein sehr bedenklicher Präzedenzfall geschaffen, der die Aufmerksamkeit der gesamten Presse verdient.

Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne" ist nach Meldung der VS.-Korrespondenz ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden.

Das Attentat auf die Siegessäule.

Am 18. d. Mts. findet vor dem Sondergericht beim Landgericht I unter dem Vorsitz des Landgerichtdirektors Braun die Verhandlung gegen „Baumgart und Genossen", die Siegessäulenattentäter, statt. Während ursprünglich nur gegen sechs Personen Anklage erhoben worden war, ist das Verfahren jetzt auf elf Beteiligte ausgedehnt worden. Der Hauptangeklagte ist der Arbeiter Mewes, der ursprünglich alle Schuld von sich abzuwälzen und dafür seine Mittäter um so schwerer zu belasten versucht hatte. Mewes war aus der Haft entlassen worden, doch wurde bald festgestellt, daß er einer der geistigen Leiter der Bewegung gewesen sei. Ferner wurde auch Anklage gegen den Kunstmaler Wolf erhoben, in dessen Haus bekanntlich die Zusammenkünfte der Attentäter stattgefunden haben und der mit seiner Frau anfänglich in Haft genommen, später aber wieder entlassen worden ist. Die Angeklagten haben sich sämtlich wegen Hochverrates und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Die Anklage wird wahrscheinlich von Staatsanwalt Jäger vertreten, während die Angeklagten von den Justizräten Fraenkl und Grob verteidigt werden.

„Bestien".

Zu dieser Notiz in Nr. 163 des „Vorwärts" vom 8. April wird uns aus Mörs ergänzend geschrieben:

„Der Mißhandelte heißt Peter Zimmer und ist Geschäftsführer des Bergarbeiterverbandes. Er wurde am 31. März in seiner Wohnung von einer Bande von 500 bis 600 Kommunisten überfallen. Trotzdem er sich mit verschiedenen Genossen verzweifelt verteidigte, wurde er endlich durch einen Steinwurf niedergestreckt. Die entmenschte Bande zog ihn dann an den Beinen die Treppe hinunter und mißhandelte dann den Wehrlosen in geradezu bestialischer Weise. Endlich, als man ihn tot glaubte, ließ man von ihm ab. Zimmer liegt jetzt im Krankenhause mit entsetzlichen Verletzungen. Ein Bein und ein Arm ist gebrochen, dazu einige Rippen. Der ganze Kopf ist mit blutigen Wunden bedeckt. Ob er wieder aufkommt, weiß man nicht; jedenfalls wird er aber zeitlebens ein Krüppel bleiben.

Zimmer war der von den Kommunisten meistgehaßte Mann in Mörs, weil er ihren Treibereien stets scharf und energisch entgegentrat; jeder, der ihn kennt, bedauert sein tragisches Schicksal."

K. K. Königsthrone gesucht.

Paris, 12. April. (TU.) „Petit Parisien" meldet aus Genf: Der Schweizer Botschafter in Paris erhielt eine Note der ungarischen Regierung zur Uebermittelung nach Bern. Die Note „erklärt" dem Schweizer Bundesrat, daß Karl von Habsburg noch immer König von Ungarn sei und daß nur die heutigen Zustände ihn hinderten, seine souveränen Rechte in seinem Lande auszuüben. Weiterhin wird die Bitte ausgesprochen, dem Exkaiser den Aufenthalt in der Schweiz zu gestatten.

Warschau, 12. April. (OE.) Der Lemberger sozialistische „Wpered" meldet die Erstarkung der Propaganda, die in Ostgalizien von den Anhängern des gewesenen Erzherzogs Wilhelm („Wassyl Wyschywanny!") betrieben wird. Es werden z. B. aus Rumänien große Mengen von Streichholzschachteln nach Ostgalizien eingeführt, die das Bildnis des Wilhelm Habsburg mit der Bezeichnung als „König der Ukraine" tragen.

Eine tschechische Konzession.

Prag, 12. April. (TU.) Die Mitglieder der Landes-Verwaltungskommission für Böhmen, der bisher keine Deutschen angehörten, legten korperativ ihre Mandate nieder. Es erfolgte die Neuernennung sämtlicher 11 Mitglieder der Kommission, und zwar werden fortan drei Mitglieder Deutsche sein, die den drei größten Parteien, den Sozialdemokraten, den Agrariern und den Deutschnationalen angehören.

Es handelt sich um die Landesverwaltung von Böhmen, die gesetzmäßig durch Landtag und Landesausschuß zu erfolgen hat. Schon der k. k. Absolutismus hat statt dessen eine ernannte Kommission eingesetzt und die tschechoslowakische Republik hat daran festgehalten, sie aber rein tschechisch gestaltet. Die Ueberlassung von drei unter 11 Sitzen an die Deutschböhmen entspricht nicht entfernt dem Verhältnis beider Völker im Lande. Immerhin ist sie als ein kleiner Anfang zu begrüßen.

Gewerkschaftsbewegung

Plenarsitzung der Gewerkschaftskommission.

Die Aufgaben der Deputation für Arbeit und Gewerbe in der neuen Stadtgemeinde Berlin. Dieses Thema behandelte am Montag in einer Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission Stadtrat Brühl, der Vorsitzende der genannten städtischen Verwaltungsdeputation. Brühl entwickelte seine Auffassung von der Gestaltung des Wirkens der Deputation, indem er namentlich die Gebiete herausgriff, die am meisten Anlaß zu Differenzen geben könnten. Da sei zunächst die allgemeine Abteilung oder das Landesarbeitsamt. Es habe sozusagen eine Zwitterstellung. Einmal sei es eine kommunale Vertretung und andererseits die staatliche Aufsichtsbehörde über die einzelnen Arbeitsnachweise. Er sei der Meinung, daß es von größter Bedeutung sei, jetzt im Rahmen des neuen Stadtgebildes Berlin mit seinen 4 Millionen Einwohnern die Einrichtung des Landesarbeitsamts auszubauen, wie sie zweckdienlich erscheine im Interesse der Arbeiterschaft. Unter anderem käme ihm die hochwichtige Befugnis zu, Anträge und Gutachten für gesetzgeberische Maßnahmen auf bestimmten Gebieten weiterzugeben, und zwar gerade für solche, die die Gewerkschaften besonders interessieren. Er bitte deshalb die Vertretung der Berliner Gewerkschaften, dem Landesarbeitsamt der Stadt Berlin zuzustimmen.

Bei der Behandlung der Frage der Bildung von Bezirksarbeitsämtern in den einzelnen Verwaltungsbezirken bezeichnete es Redner als dringend erforderlich, daß die Vertreter der Arbeiterschaft dahin wirken, daß auch für die Verwaltungsbezirke des neuen Berlin die von der Gesamtdeputation für Arbeit und Gewerbe aufgestellten Richtlinien maßgebend würden, natürlich unter Zusammenarbeit mit den Bezirken. Der Grundzug müßte sein: Zusammenfassen, Zentralisieren, ein einheitliches Berlin mit einheitlichem Wirken!

Was die Arbeitsvermittlung betreffe, so müßte nach Brühls Meinung die Vermittlung der ungelernten Arbeiter getrennt werden von der der sogenannten gelernten oder Facharbeiter. Die Facharbeitsnachweise seien die gegebenen Zentralinstanzen. Die Arbeitsvermittlung der ungelernten Arbeiter dagegen könne den Bezirken vorbehalten bleiben, wobei selbstverständlich sei, daß die Vermittlung durch Ausgleich erfolge.

Nach Ausführungen über die Ausgestaltung der Berufsberatungsämter wandte sich Redner der Erwerbslosenfürsorge zu. Diese werde eine noch weit größere Bedeutung dadurch gewinnen, daß Deutschland neben dem von der Entente gezogenen Sperrgürtel noch einen eigenen Gürtel ziehe. Die Arbeitslosigkeit in Berlin werde zunehmen. Schon habe sie zugenommen. Größte Aufmerksamkeit sei der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu widmen. Heute sei sie mit der unterstützenden zusammengefaßt. Er habe die Absicht, sie von dieser zu trennen und dem Arbeitsbeschaffungsamt anzugliedern. Mehr als bisher werde es nötig sein, die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit auf dem Lande zu beachten. Die Verantwortung dafür, größere Arbeitermassen aufs Land zu bringen, könne man aber nur übernehmen, wenn mit bisher üblichen Gepflogenheiten hinsichtlich der Unterbringungsverhältnisse gebrochen werde. Der Vertreter des Reichsamts für Arbeitsvermittlung habe zugegeben, daß die Arbeit, die zur Verbesserung der Wohnverhältnisse geleistet werde, ohne weiteres als produktive Erwerbslosenfürsorge zu gelten habe, für die aus Reichs- und Staatsmitteln Zuschüsse gegeben werden könnten. Die versammelten Gewerkschaftsvertreter müßten auch zu diesen Ideen Stellung nehmen.

Redner trat dann noch für die zentrale Zusammenfassung der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte Berlins ein. Die Zentralisation müßte auch hier entscheidend bleiben, wodurch indessen nicht ausgeschlossen werde, daß in bestimmten Gegenden des großen Berlin, wo mit großen Zahlen eine bestimmte Industriearbeiterschaft vorherrsche, etwa Metallindustrie, eine Zweigkammer eingerichtet werde.

Es folgte eine sehr eingehende Diskussion, an der sich u. a. Neumann, Sabath, Flemming, Kloß, Orthmann, Hoppe, Barth, Alwin Körsten beteiligten. Es wurden verschiedene Anregungen gegeben, im Prinzip aber stimmten alle Redner mit den Richtlinien überein, die Brühl vertreten hatte.

Sabath als Vorsitzender erklärte dann: Wir als Gewerkschaftsvertreter können dem Genossen Brühl das bestimmte Versprechen geben, daß wir ihn, soweit es an uns liegt, bei seinen Aufgaben unterstützen werden. Auf besondere Befragung der Versammlung stimmte diese einhellig folgendem zu: Die Deputation für Arbeit und Gewerbe ist für alle Aufgaben, die ihr gestellt werden, zum Zentralinstitut auszubauen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist mit dem Arbeitsbeschaffungsamt zusammenzufassen.

Aus der darauf noch fortgesetzten Debatte über Einzelfragen der Erwerbslosenfürsorge ist folgendes hervorzuheben. Ein Vertreter der Zimmerer erklärte, daß die deutschen Arbeitgeber schon wieder darauf ausgingen, Italiener einzuführen. Im Zusammenhang damit sei durch das Landesarbeitsamt angefragt worden, ob die Zimmerer Spezialisten auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues hätten. Man hätte geantwortet, daß das nicht gerade der Fall wäre, daß aber jeder Zimmerer die Arbeiten machen könne. — Alwin Körsten, der das Arbeitsbeschaffungsamt leitet, bemerkte dazu: Nach den neuesten Verordnungen hätten die Landesarbeitsämter die Berechtigung, darüber zu entscheiden, ob ausländische Arbeiter hereingelassen werden sollen oder nicht. Wenn zu befürchten wäre, daß Fremde die Notlage der deutschen Arbeiter verschärfen würden, so müßte man von dem Recht Gebrauch machen, beim Landesarbeitsamt den Antrag zu stellen, die Einreiseerlaubnis nicht zu genehmigen. Das Landesarbeitsamt der Provinz Brandenburg habe von den beantragten 33 000 Einreiseerlaubnissen für fremde Arbeiter 30 000 genehmigt. (Allgemeine Entrüstung.) Allerdings würden den Landarbeiter gebraucht. Dringend geboten sei es, daß sich die Gewerkschaften in allernächster Zeit mit der Frage beschäftigten: Wie ist es möglich, städtische Arbeiter aufs Land zu bringen?

Zu dem Punkt: „Stellungnahme zum neuen Gewerbegerichtsstatut" wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: „Die Kaufmanns- und Gewerbegerichte der Stadt Berlin sind zentralistisch aufzubauen. Die Amtsdauer der Gewerbegerichtsbeisitzer soll nicht 6 Jahre dauern, wie der Entwurf zum neuen Statut vorsieht, sondern nur 3 Jahre. Die Entschädigung für die Beisitzer ist so zu bemessen, daß dem Arbeiter der volle Lohn, den er einbüßt, zu vergüten ist."

Gehen die Angestellten nach Moskau?

Die Kommunisten lassen sich die Gewinnung der Angestellten etwas kosten. Zur Verbandstagswahl im Zentralverband der Angestellten verbreiten sie jetzt noch zwei weitere Flugblätter. (Moskau bezahlt's ja!) Das eine Flugblatt ist eine wüste persönliche Beschimpfung des Kollegen Franz Krüger. Es heißt dort, daß Krüger im Frühjahr 1919 den Angestellten das Mitbestimmungsrecht „versprochen", dieses Versprechen aber nicht gehalten habe. Die kommunistischen Lügner wissen, daß Krüger selbst nichts versprechen konnte, sondern lediglich eine Erklärung der damaligen Regierung an die Angestellten übermittelte. Wider besseres Wissen behauptet das kommunistische Sudelblatt, Krüger sei an der Gründung der Technischen Nothilfe stark beteiligt, obwohl Krüger mit dieser nicht das geringste zu tun hatte und hat.

Weshalb führen die Kommunisten den Kampf für ihre Liste ausschließlich mit persönlichen Beschimpfungen? Weil sie mit ihren wahren Zielen bei den Angestellten nicht herauskommen wollen. Sie verschweigen, daß sie den Verband zu einem Werkzeug der KPD. machen und ihn unter das Diktat von Moskau stellen wollen. Sie verschweigen, daß sie jeden gewerkschaftlichen Kampf in ihr politisches Fahrwasser zu lenken suchen, ohne Rücksicht auf den Schaden, der den Angestellten daraus entsteht. Die Kommunisten verschweigen auch, daß sie bei ihrem letzten Putsch das ganze Verbrechertum mobil gemacht haben, und daß sich ihre Gewalt- und Mordtaten in erster Linie gerade gegen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute richteten, die sich ihnen nicht unterwarfen.

Was die Kommunisten verschweigen, muß um so deutlicher gesagt werden. Kollegen und Kolleginnen! Klärt eure Kollegen auf! Zeigt ihnen, daß die Wahl der kommunistischen Liste die Zertrümmerung des Verbandes und damit die Allmacht des Unternehmertums bedeutet. Nicht Phrase und Gewalt, nicht Moskau und Dynamit, sondern lediglich fester Zusammenschluß, Einigkeit und Disziplin in der Gewerkschaft, Ausschaltung jeder parteipolitischen Herrschaft kann uns aufwärts führen.

Kollegen, sorgt für starke Wahlbeteiligung, viel steht auf dem Spiel! Jede Stimme

der Liste 3

Franz Krüger, Max Maynz, Georg Boß.

Die Not der Postboten!

Die Pressestelle der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten teilt uns mit: Zu dem in der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 9. April erschienenen Artikel „Die Not der Postboten" teilen wir den beteiligten Beamten mit, daß bereits vor mehreren Wochen die Beamtenorganisationen sowohl für die bereits vorhandenen wie auch für die neu zu übernehmenden Postboten Verhandlungen über die Gewährung einer Ausgleichszulage eingeleitet haben. Die Verhandlungen haben sich durch die Hinzuziehung des Verkehrsministeriums, die bedingt war durch die dortigen gleichen Verhältnisse, verzögert, stehen jedoch kurz vor dem Abschluß.

Achtung, Betriebsräte!

In allen Rechtsfragen können sich die Betriebsräte Rat und Auskunft in den jeden Montag und Freitag von 4 bis 7 Uhr im Sekretariat der untenbezeichneten Zentrale stattfindenden Sprechstunden einholen. Schriftlichen Anfragen ist stets Rückporto beizufügen.

Ferner wird jeden Dienstag in der Zeit von 4 bis 6 Uhr im Sekretariat Auskunft über Bilanzangelegenheiten und damit zusammenhängenden Fragen erteilt.

Verbandsbuch und Betriebsrats-Ausweiskarte der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale sind bei Auskunftseinholung vorzuzeigen. Wir bitten die Betriebsräte, von diesen Einrichtungen regen Gebrauch zu machen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, SO 16, Engelufer 15, 2. Hof, 1. Stock.

Zum Streik in der Schallplattenindustrie.

Bei folgenden Firmen befindet sich die Arbeiterschaft im Streik: Anker-Record, Artiphon-Record, Beka-Record, Star-Record, Homo-Record, Odeon und Lindström Schinkestraße. Wir bitten dringend darum, Arbeiten für obige Firmen unter allen Umständen als Streikarbeit zurückzuweisen. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Die Bretterträger und Platzarbeiter nahmen in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu ihrer Lohnbewegung. Bekanntlich hatte diese Arbeitergruppe nach Ablauf des Tarifvertrages am 1. April einen Stundenlohn von 7 M. unter Wegfall des Akkords gefordert. Die Unternehmer lehnten die Forderung ab und glaubten sogar die Zeit günstig, um die bestehenden Lohnsätze abbauen zu können. Der angerufene Schlichtungsausschuß hatte einen Vergleich auf Widerruf vorgeschlagen, nach dem der bisherige Tarifvertrag bis zum 1. Oktober 1921 bestehen bleiben soll, und der den Arbeitern, die mindestens ein Jahr ununterbrochen bei ein und demselben Arbeitgeber tätig waren, einen Urlaub von fünf Tagen zuspricht, von denen drei Tage bezahlt werden. Beträgt die ununterbrochene Tätigkeit zwei Jahre, so sollten die ganzen fünf Tage bezahlt werden. Außerdem sollten alle am 1. April beschäftigten Arbeiter eine sofort zahlbare einmalige Aufwandsentschädigung von 250 M. erhalten. Etwa gezahlte Vorschüsse bis zur Höhe der Hälfte der Aufwandsentschädigung sollten anrechnungsfähig sein. Die Versammlung lehnte dieses Vergleichsangebot wegen des ungenügenden Entgegenkommens der Unternehmer einstimmig ab. Die Branchenleitung wurde beauftragt, erneute Verhandlungen bei den Unternehmern nachzusuchen, um ein günstigeres Resultat zu erzielen. In der Versammlung wurde noch eine Resolution angenommen, die gegen die Sondergerichte protestiert und den Hauptvorstand des Transportarbeiterverbandes ersucht, unverzüglich beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund geeignete Schritte zu unternehmen.

Das Zeitungsaustragepersonal hat durch den Deutschen Transportarbeiterverband mit den Firmen Mosse, Scherl und Ullstein Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen gepflogen und einem Abkommen zugestimmt, das der Tragelohn für 100 Exemplare bei einmaligem Austragen von 66,50 auf 73,50 M. und bei zweimaligem Austragen von '33 auf 147 M. erhöht. Hierzu kommen Teuerungszuschläge in Höhe von 20 M. bei Mosse, 22 M. bei Ullstein und 23 M. bei Scherl. Die Extraentschädigung für das Austragen an Sonntagen ist um 2 M. auf 6 M. erhöht worden. Die Wartegelder erfahren eine Erhöhung um 100 Proz. Diese Vereinbarungen gelten bis 30. September 1921.

Textilgroßhandel. In einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung der Angestellten des Textilgroßhandels, welche im Zentralverband der Angestellten organisiert sind, referierte Karl Bauer über „Rechtsirrtümer des täglichen Lebens". An Hand zahlreicher Beispiele wies er nach, welche Irrtümer über viele Rechtsbegriffe immer noch bestehen. Seine sehr interessanten und lehrreichen Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall belohnt. Sodann behandelte Metzner die bevorstehenden Wahlen zum Verbandstag. Er sprach sich insbesondere scharf gegen die Liste II aus. Sämtliche Diskussionsredner forderten auf, bei der am 14. April stattfindenden Wahl ihre Stimme der Liste III Krüger, Maynz, Boß zu geben. Zum Schluß berichtete Metzner noch über die zurzeit stattfindenden Tarifverhandlungen.

Der Kongreß des Internationalen Transportarbeiterbundes wird in Genf vom 18. bis 25. April stattfinden. Folgende Staaten werden vertreten sein: Deutschland, die Schweiz, Dänemark, Holland, Oesterreich, Belgien, Schweden, Frankreich, Norwegen und England.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben der Herrenwäsche-, Krawatten- und Schirmbranche! Donnerstagabend 5½ Uhr, im Lokal von Karl Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung.

Zentralverband der Schuhmacher. Branchenversammlung der Friedrichstädtischen Maßarbeiter Donnerstagabend ½7 Uhr bei Witte, Sebastianstr. 39.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
Allgemein bewährt. Schachtel M. 2.-
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Kriegsanleihe wird zu 84 % in Zahlung genommen!
2 billige Tage!
10 Sonderangebote!!
1 Seidenglanz-Popelinemäntel imprägniert 193.50
2 Covercoatmäntel, Herrenform 304.-
3 Impr. Seidenmäntel ... 335.-
4 Mantelkleider u. Kostüme 437.-
5 Modell-Kostüme 512.-
6 Plüschmäntel 615.-
7 Pelzmäntel 2475.-
8 Gummimäntel . für Damen 291.- für Herren 317.-
9 Stoffröcke 66.-
10 Strickjacken ... blau 45.- Sport 217.-
Original-Modelle in Mänteln u. Kleidern auffallend billig!
Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Kaufen Sie
Dixin von Henkel
bestes Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Korpulenz?
Erkundigen Sie sich über die Erfolge von
Dr. Hoffbauers (ges. gesch.) Entfettungs-Tabletten
Keine Schilddrüse Kein Abführmittel
Ausführl. Lit. gratis durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 2/3
Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)
Amt Ztr. 7191

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen,
Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 13072 Ecke Voltairestraße Moritzplatz 13073.

Demnächst erscheint:
Russische Korrespondenz
Nummer 3/4.
Aus dem Inhalt: N. Lenin: Die gegenwärtige Lage Sowjetrußlands. (Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. März 1921.) / Karl Radek: Der X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. / Materialien zur Frage des Parteiaufbaues. / Materialien zur Gewerkschaftsfrage. / Karl Radek: Die innere und äußere Lage Sowjet-Rußlands und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands. / Die Erteilung von Konzessionen an das ausländische Kapital (mit drei Karten). / N. Lenin: Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum. Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. / L. Kamenew: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umzingelung / Karl Radek: ... / A. Rykow: Resultate der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung. / L. Bogdanow: Die Bauernwirtschaften in Sowjet-Rußland Ende 1920. usw. Illustrationen: Fünf Plakate (Mehrfarbendrucke).
PREIS 6 MARK.
3339b
Bestellungen sind zu richten an Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig